

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf., Verjammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 150.

Donnerstag, den 29. Juni 1916.

23. Jahrg.

Die Pariser Wirtschaftskonferenz.

Von Heinrich Cunow.

Die Wirtschaftskonferenz der Ententemächte, die vom 14. bis 17. Juni in Paris stattgefunden hat, ist zwar vom französischen Ministerpräsidenten Briand mit der ihm eigenen Renommisterei als „Veranstaltung zur wirtschaftlichen Befreiung der Welt“ bezeichnet worden, in Wirklichkeit ist sie jedoch, wie die vor einigen Tagen amtlich veröffentlichten Konferenzbeschlüsse zeigen, nicht mehr als eine Art Demonstrationssinfonie, dazu bestimmt, den in Deutschland und Oesterreich-Ungarn hervorgetretenen Bestrebungen einer gegenseitigen engeren wirtschaftlichen Annäherung entgegenzuwirken und in ängstlichen Gemütern die Furcht zu steigern, ein Zoll- und Handelsbündnis zwischen den Mittelmächten werde von den Vierverbandsstaaten sofort mit einem das ganze mitteleuropäische Wirtschaftsleben lahmlegenden Zollkrieg beantwortet werden. Was den Waffenkampf und die Blockade bisher nicht vermochten, das werde also künftig der Kampf mit Zollarifern, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen fertig bringen. In der französischen Presse ist denn auch heute von einer „wirtschaftlichen Befreiung der Welt“ oder von einer „wirtschaftlichen Vernichtung der Zentralmächte“ kaum mehr die Rede. Es wird nur noch von einer „Verteidigungsgruppierung“ gegen den mitteleuropäischen Wirtschaftsbund, von einer „Abwehr“ der Zollunion der Mittelmächte oder von Rüstungsmaßnahmen gegen den „deutschen kommerziellen Imperialismus“ gesprochen. Je mehr man sich in den anderthalb Monaten seit der Abhaltung der ersten Pariser interparlamentarischen Handelskonferenz mit dem Problem eines Zoll- und Handelsbündnisses der Vierverbandsstaaten beschäftigt hat, desto mehr hat man eingesehen — soweit man in der heutigen nervösen Aufregung überhaupt vernünftigen Erwägungen zugänglich ist —, daß zwischen den Vierverbandsstaaten noch ungleich größere wirtschaftliche Interessendifferenzen bestehen, als zwischen den Mittelmächten, und daß daher, wenn es diesen schon schwer fallen dürfte, zu einem befriedigenden Ausgleich zu kommen, ein solcher zwischen den Vierverbandsstaaten fast als ausgeschlossen gelten muß.

Bezeichnenderweise ist sowohl in der über die Konferenzbeschlüsse veröffentlichten amtlichen Note, wie in den von der Pariser Presse dazu gelieferten Erläuterungen von der Aufrichtung einer unübersteigbaren Zollmauer gegen das Wirtschaftsgebiet der Mittelmächte, von Erstickung und Erdrückung des deutschen Handelsimperialismus keine Rede mehr, wenigstens nicht mehr in den ernst zu nehmenden Blättern. Man ist wie in anderen Dingen auch in seinen handelspolitischen Vernichtungsplänen beträchtlich bescheidener geworden, und man wird voraussichtlich in Paris wie in London noch viel bescheidener werden, wenn die Zollkriegs- und Zollbündnisfragen aus dem luftigen Gebiet der unbestimmten Projektentwürfe herausgetreten und man dazu gelangt, bei den einzelnen in Aussicht genommenen Maßnahmen das Für und Wider wirtschaftspolitisch genau abzuwägen.

Ein eigentliches Interesse beanspruchen nur die Maßnahmen, die die Vertreter der Ententemächte in Paris für die Kriegszeit vereinbart haben; denn was nach dem Friedensschluß geschehen wird, hängt wesentlich von dem Ausfall des Krieges ab. Es dürfte kaum ein Friede geschlossen werden, in dem nicht auch bezüglich der gegenseitigen Handelsverhältnisse nach dem Kriege allerlei Abmachungen getroffen werden. Dadurch werden ganz von selbst die meisten schönen Zukunftspläne der Pariser Konferenz hinfällig. Zudem aber hat bezüglich dieser späteren Zeit die Konferenz gar keine festen Bindungen vorgenommen, sondern gewissermaßen nur vorläufige programmatische „Empfehlungen“ ausgebrütet, für die erst die Zustimmung der verschiedenen Regierungen und Parlamente eingeholt werden muß.

Die von der Wirtschaftskonferenz für die Kriegszeit festgesetzten Maßnahmen bestimmen nach amtlicher Mitteilung, daß die verbündeten Mächte allen ihren Staatsangehörigen und in ihrem Staatsgebiet befindlichen Personen den Handel verbieten mit:

1. den Einwohnern der feindlichen Länder, gleichgültig, welcher Staatsangehörigkeit sie sind,
2. mit den feindlichen Staatsangehörigen, gleichgültig, wo sie ihren Wohnsitz haben,
3. mit Einzelpersonen, Gesellschaften, Handelshäusern, die dem Einfluß des Feindes unterworfen sind.

Außerdem sollen die Verbündeten allen aus den Ländern des Feindes stammenden Waren den Eintritt in ihr Gebiet untersagen und ferner die bereits gegen die Lebensmittelversorgung des Feindes getroffenen Maßregeln durch Vereinheitlichung der Bannwarelisten und entsprechende Anordnungen vervollständigen.

Im ganzen bedeuten diese Beschlüsse keine wesentliche Verschärfung der bisher schon von der Entente den Mittelmächten gegenüber befolgten Blockade- und Absperrungsmaßnahmen. Soweit sie mit der angeordneten Strenge zur Durchführung gelangen, werden sie weit weniger dazu dienen, die Abhängigkeit Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu be-

schleunigen, als vielmehr bestimmten neutralen Ländern, vor allem Holland, Dänemark, Schweden und der Schweiz, weitere Sicherheiten zu machen und ihren Außenhandel noch mehr zu tyrannisieren. Vor allem wird dann solche Folge eintreten, wenn, wie einige französische und englische Blätter behaupten, zwischen den Vertretern der Vierverbandsmächte außerdem noch vereinbart worden sein sollte, die Einrichtung der „Einfuhrzölle“ auch auf jene neutralen Länder auszudehnen, die bisher davon noch verschont geblieben sind, und wenn ferner die englischen Banken angehalten werden, künftighin keinerlei Aktien solcher Kreditinstitute neutraler Länder mehr zu lombardieren, die sich mittelbar oder unmittelbar an der Finanzierung von Geschäftsfirmen in feindlichen Staaten beteiligen.

In den neutralen Staaten erkennt man denn auch sehr wohl, welche Gefahr für ihr ohnehin durch den Krieg hart mitgenommenes Wirtschaftsleben die nach Briands Versicherung der „wirtschaftlichen Befreiung der Welt“ dienenden Pariser Konferenzbeschlüsse bedeuten. Selbst die schweizerischen und dänischen Blätter, die sonst für die Entente schwärmen, schlagen einen recht scharfen Ton gegen die in Paris beschlossenen Maßnahmen an, während die deutschfreundlichen Blätter einen vereinigten Widerstand der Neutralen gegen die ihnen zugedachte Behandlung empfehlen. So bezeichnen zum Beispiel die „Neuen Zürcher Nachrichten“ die Beschlüsse der Pariser Konferenz als ein Attentat auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Neutralen und als einen Versuch, sie in ein wirtschaftliches Vasallentum zum Vierverbände zu bringen. Die Pariser Beschlüsse eröffnen für die Schweiz unheilvolle erdrückende Perspektiven. Der Bundesrat sollte, meint dieses Blatt, alle anderen Neutralen um sich sammeln und gemeinsam mit ihnen einen geharnischten Protest beschließen: „Hatten wir in der Schweiz schon bisher allen Grund, den Himmel zu bitten, daß er den Zentralmächten den entscheidenden Sieg verleihe, so jetzt doppelt und dreifach; denn nun geht es auch an unseren Hals. Glücklicherweise ist an diesem Siege nicht zu zweifeln. Im Bundespalais heißt es jetzt, eine klare und entschiedene Haltung beobachten. Die Schweiz darf und soll sich nicht auf die Knie zwingen lassen. Der Teufel hole den, der ihr das zumutet!“

Diejen für die Kriegszeit beschlossenen Maßnahmen gegenüber haben die schönen Handels- und Zollkriegspläne, die in der Zeit nach dem Kriege zur Ausführung gelangen sollen, recht wenig reale Bedeutung; denn über ihre Ausführbarkeit entscheidet, wie schon gesagt, nicht das Belieben der Vierverbandsmächte, sondern der Verlauf des Krieges und die wirtschaftliche Lage, die nach Friedensschluss in den kriegführenden Staaten vorhanden sein wird. Werden schon im allgemeinen politische Suppen selten so heiß ausgelöffelt, wie sie auf den Tisch gebracht werden, so in diesem besonderen Fall erst recht nicht. Immerhin ist es recht interessant, zu vernehmen, wie man sich in den Regierungskreisen der Entente die wirtschaftliche Niederzwingung Deutschlands denkt. Es sollen nach dem Kriege alle Handelsverträge zwischen den Entente- und Mittelmächten für null und nichtig erklärt und letzteren alle Befugnisse und Privilegien (wie z. B. die Meistbegünstigungsklausel) verweigert werden, dagegen sollen die Vierverbandsmächte sich gegenseitig Vorzugs- und Ausgleichezölle zusichern. Ferner sollen sie sich gegenseitig den Nutzen ihrer natürlichen Hilfsquellen verbürgen, d. h. die Ausfuhr bestimmter in ihren Gebieten gewonnener Rohmaterialien nach den mitteleuropäischen Ländern verhindern und gegen den deutschen und österreichischen Handelsverkehr zeitweilig besondere prohibitive Spezialnormen aufstellen, die sie aus jeder „Abhängigkeit von den feindlichen Ländern“ freimachen. Außerdem sollen solche Gesetze und Verfügungen erlassen werden, die den Staatsangehörigen der Mittelmächte verwehren, in den Gebieten des Vierverbandes bestimmte Industrien zu betreiben.

Wie man sieht: ein recht schönes Programm. Nur fehlt die Möglichkeit der Durchführung; denn in einem

durch derartige Maßnahmen heraufbeschworenen Zollkrieg würden Belgien, Frankreich, Italien, Rußland noch weit mehr leiden, als die Mittelmächte — vornehmlich was Italien anbelangt, das vor dem Kriege ungefähr 23 Prozent seiner ganzen Ausfuhr nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn lieferte und aus diesen Ländern 26 Prozent seines Gesamtimports bezog, das zudem keine nennenswerte Kohlen-, Eisens-, Stahlwaren- und Maschinenindustrie besitzt. Und ebenso Rußland, dessen Agrarwirtschaft auf den deutschen Markt angewiesen ist und dem der englische Markt um so weniger einen Ersatz zu bieten vermag, wenn England mit seinen Kolonien zu einer Art Reichszollunion gelangt und gezwungen wird, die Einfuhr von Bodenprodukten seiner Kolonien zu bevorzugen.

In den Kreisen der Sachverständigen und großen Wirtschaftsinteressen der Vierverbandsstaaten regt sich denn auch bereits der schärfste Widerspruch gegen die schönen Zollkriegsprojekte. So heißt es in einer jüngst veröffentlichten, an die französische Regierung weitergegebenen Resolution der „Association nationale d'expansion économique“: „Die Assoziation stellt mit Bedauern und Unruhe fest, daß die öffentliche Meinung Englands, durch lebhaftes Preppolemik erregt, sich mindestens zu einem großen Teile protektionistischen Tendenzen zuzuwenden scheint. Sie hält es für dringend notwendig, im Hinblick auf die unionistische Theorie in England, die Wünsche Frankreichs geltend zu machen und nachzuweisen, daß wenn unsere Opfer... im gemeinsamen Kampf uns besondere Rechte geben, das Interesse Englands erheischt, nicht vor den französischen Produkten eine Schranke aufzurichten, die es mit sich bringen könnte, daß jene Produkte wohlwollenderen Kommissionären zugeführt werden.“

Selbst in England, das insofern noch am wenigsten unter einem Zollkrieg leiden würde, als dieser Frankreich, Belgien und Italien ökonomisch völlig von England abhängig machen und in einen Zustand des wirtschaftlichen Helotentums herabdrücken würde, finden die Beschlüsse und Vor schläge der Pariser Wirtschaftskonferenz sehr geteilte Aufnahme. Während die konservativen Blätter, die nichts lieber als eine Wiederaufnahme der Chamberlainischen Schutzollagitation sehen würden, wie z. B. die „Times“, „Daily Mail“, „Morning Post“, „Daily Telegraph“, der Konferenz Befall spenden, legen die freihändlerischen Blätter, darunter vornehmlich die „Daily News“, „Daily Chronicle“, „Manchester Guardian“ und selbst die offizielle Wetterfabrik der „Asquith and Gren, die „Westminster Gazette“, mehr oder minder scharfe Verwahrungen gegen die Pariser Zollkriegsprojekte und die Schutzollpropaganda des australischen Premierministers Hughes ein, von dessen Zollieden die „Nation“ meinte, sie trügen allzu deutlich den „journalistischen Stempel der Seichtheit und der kläglichen Phrase“.

Damit ist nicht gesagt, daß nicht nach dem Kriege die Vierverbandsmächte sich allerlei gegenseitige handelspolitische Bevorzugungen und Begünstigungen zugehen werden, wie denn voraussichtlich überhaupt das sogenannte Reziprozitätssystem eine weit größere Ausdehnung erlangen wird; und noch weniger erhebt es als ausgeschlossen, daß England mit seinen selbständigen Kolonien zu einem, wenn auch wahrscheinlich nur lockeren Reichszollverband kommt, aber die Zollkriegs- und Zollbündnispläne der Pariser Wirtschaftskonferenz haben recht geringe Aussicht auf Verwirklichung. Frankreich, Belgien, Italien würden sich selbst am schwersten schädigen; denn noch gilt, was vor einigen Tagen das „Echo de Paris“ schrieb: „Nur durch unsere Arbeit und unsere Organisationen werden wir den Deutschen die Stürze bieten, und keine wirtschaftliche Mauer wird uns dessen entheben. Selbst beschneiden kann ein Baum eine Mauer sprengen. Dies Gefühl hindert uns, das Nachkriegsprogramm der Konferenz ohne Hintergedanken aufzunehmen. Was wird daraus, wenn es dem Parlament vorgelegt wird? Machen wir uns keine Illusionen: unsere Nebereinkünfte werden jodiel wert sein, als unsere Gesetze und unsere Regierungsmethoden wert sein werden.“

Von den Kriegsschauplätzen.

Die neuen deutschen Stellungen bei Fleury und auf dem Höhenrücken „Ratte Erde“ sind den Franzosen in des Wortes vollster Bedeutung ein Dorn im Fleische. Mit allen erdenklichen Mitteln, unter Verwendung neu herangezogener Kräfte versuchen die Franzosen nunmehr, diesen Dorn zu entfernen, um sich wieder in den Besitz dieser Stellungen zu setzen. Es war bisher vergebens und dürfte auch für die Folgezeit denselben negativen Erfolg zeitigen, da nach dem „Gaulois“, einem französischen Blatte, die Deutschen den Abzug von Thiaumont-Fleury durch ihre auf dem Plateau von Douaumont von der Ortschaft Louvemont bis zum Walde von Harbaumont aufgestellten Batterien beherrschen. Es

wird ihnen, so sagt das Blatt, weiter, leicht, durch die Schlucht von Bauz, die in ihrem Besitz ist, unaufhörlich neue Truppenmassen gegen unsere Linien heranströmen zu lassen, ohne dem Feuer unserer Batterien ausgesetzt zu sein.

In Galizien, wo die Armee des Generals von Pasingen operiert, wurde das westlich von Sokul liegende Dorf Lincowka und die südlich liegenden russischen Stellungen gesäubert und genommen. — Wie das Russenblatt „Kjetsch“ von unterrichteter Seite erfahren haben will, ist in der russischen Offensiv an der Südwachfront ein Stillstand eingetreten, der erste Akt sei beendet. Das Blatt zieht einen Vergleich zwischen dem Gewollten und dem Erreichten und sagt, daß der

eigentliche Zweck der Offensive, die Trennung der deutschen Heeresgruppen von den österreichischen, nicht erreicht sei, doch seien wichtige Einzelerfolge erzielt worden; die Operationen seien einwöchigen bei halbem Erfolg stehen geblieben. Das Blatt erzählt auch, daß man in maßgebenden russischen Kreisen den ersten Akt der russischen Offensive trotz gewisser äußerer Erfolge als Mißerfolg betrachtet; das Erreichte stehe im gemäßigten Verhältnis zu den Aufwendungen; der Offensive sei sozusagen der Atem ausgegangen. Daß General Brussilow in Ungnade gefallen ist, wird in Petersburg allgemein erörtert. Es soll von einem offiziellen Rücktritt abgesehen werden wegen des peinlichen Eindrucks, den ein solcher im In- und Ausland hervorrufen würde; dagegen soll beabsichtigt sein, für General Ruzki einen neuen Posten zu schaffen.

In der italienischen Front griffen die Italiener an mehreren Stellen erneut an, ohne den von ihnen gewünschten Erfolg zu erzielen.

Im englischen Unterhaus entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Beurteilung englischer Soldaten, die den Krieg aus Gewissensbedenken verwerfen. Auf eine Anfrage erklärte Parlamentssekretär Tennant, daß 34 Soldaten, die aus Gewissensbedenken sich weigerten, militärische Befehle auszuführen, vom Kriegsgericht in Frankreich zum Tode verurteilt wurden, und daß die Todesstrafe in Zuchthausstrafe umgewandelt worden sei. Morrell (Liberal) fragte, ob Asquith eine Debatte darüber zulasse. Premierminister Asquith erwiderte, er könne sich nicht dazu verpflichten. Dorthaus fragte, wie Asquith es erklären könne, daß er das Parlament über die Beurteilung dieser Männer immer wieder irreführe. Der Sprecher sagte: Der ehrenwerte Abgeordnete kann schwerlich eine Antwort erwarten, wenn er eine Frage in dieser Form stellt.

Es ist bezeichnend, daß man in England — diesem angeblichen Lande der persönlichen Freiheit — mit solchen Mitteln gegen Soldaten vorgeht, die ihrer inneren Ueberzeugung gemäß handeln.

Die Zahl der Opfer der englischen Soldateska in Irland ist eine sehr große. Im englischen Unterhaus erklärte Herbert Samuel, daß während der irischen Unruhen 116 Soldaten, Matrosen und Polizisten und nach den Kirchhofsbüchern noch 224 Zivilpersonen hingerichtet wurden, die ihren Verwundungen, die sie während der Straßenkämpfe erlitten hatten, erlagen. Ob sich unschuldige Personen darunter befanden, ließe sich nicht feststellen. In Dublin selbst herrsche jetzt wieder Ruhe.

Georg Brandes erwidert in der „Politiken“ auf einen Angriff, den kürzlich der Engländer William Archer gegen ihn wegen seiner neutralen Haltung im Kriege richtete. Brandes führt zum Schluß einer langen Entgegnung unter anderem aus: England und Frankreich scheinen in der Einbildung zu schweben, daß sie in der Gefolgschaft mit Rußland für Freiheit, Recht und Gerechtigkeit, für die Gleichstellung der kleinen Völker mit den großen und für alle Ideale der Menschheit zu kämpfen. Es wäre interessant, wenn sie uns darüber aufklären wollten, für welches Ideal Rußland gegenwärtig kämpft, oder für welches Ideal England kämpft, wenn es so viele deutsche Kinder als möglich dem Hungertode preisgibt, wenn es die Unabhangigkeit Perdens vernichtet und wenn es ein halbes Dutzend kleiner Völker der Kulturzerstörung überliefert, oder für welches Ideal Frankreich und England kämpfen, wenn sie das kleine Griechenland würgen, um dem semiteidenstüchtigen Volk die Handlungsfreiheit wiederzugeben. Es kann vorkommen, daß eine Nation, die für ihre Interessen kämpft, zugleich die Zivilisation überlebt, es kann auch jedes zweite Jahrhundert einmal vorkommen, daß ein Staatsmann aus Größe und Stolz edel und ureigenlich handelt, wie Washington, der, als nach dem Befreiungskriege mit England der Krieg zwischen England und Frankreich ausbrach, sich neutral erklärte, aber wohl zu merken, nicht wie Wilson und die gelehrigen Amerikaner der Gegenwart, sondern in der Weise, daß er bei Todes- und Gefangnisstrafe jede Ausfuhr von Waffen und Munition nach dem kriegführenden Landern verbot. Aber sonst handelt die Staatsmänner nirgends aus moralischen, dagegen teils aus politischen Beweggründen. Alle Völker sind eigennützig. Sie sind es von jeher immer gewesen. Kein Volk, am allerwenigsten eine Großmacht der heutigen Zeit, opfert Millionen von Menschen und Milliarden von Pfund Sterling für andere Zwecke als für die politischen Ziele und die wirtschaftlichen Interessen dieses Volkes.

Ein jüdisches Blutbad in Galizien in Rumänien unter der Arbeit angetrieben worden. Die mit gekerkerten bereits verhafteten, einander hier aus Unruhe der Regierung überlegen, die einem jungen Rumänen — wie es heißt, ohne vorherige Warnung — Verhaftung gab, in die Menge seiner zu locken. 10 Arbeiter wurden getötet, 33 verwundet. So befaßt man den Hunger! Dem Volk von Boden ausgeht, hat die kurze gewalttätige Verhaftung des jüdischen rumänischen Sozialisten des Rumänen N. Borst. Als Gegenmaßregel ist der Generalstreik in Bukarest praktiziert worden. Da die rumänische Regierung noch weiter mit dem Hunger spielen will?

Die Kriegslage.

21. Juni. (Sonderausg.)

Russischer Kriegsjahresplan.

Bei dem Wiederbeginn der russischen Offensive mit dem russischen Winterkrieg, wie er den Russen, auch in der Schwedien und in Ostpreußen nicht fremd ist.

Die russische Offensive im Winterkrieg, wie er den Russen, auch in der Schwedien und in Ostpreußen nicht fremd ist.

Die russische Offensive im Winterkrieg, wie er den Russen, auch in der Schwedien und in Ostpreußen nicht fremd ist.

Italienischer Kriegsjahresplan.

Die russische Offensive im Winterkrieg, wie er den Russen, auch in der Schwedien und in Ostpreußen nicht fremd ist.

Die russische Offensive im Winterkrieg, wie er den Russen, auch in der Schwedien und in Ostpreußen nicht fremd ist.

Die russische Offensive im Winterkrieg, wie er den Russen, auch in der Schwedien und in Ostpreußen nicht fremd ist.

Schwedischer Kriegsjahresplan.

Die russische Offensive im Winterkrieg, wie er den Russen, auch in der Schwedien und in Ostpreußen nicht fremd ist.

Die russische Offensive im Winterkrieg, wie er den Russen, auch in der Schwedien und in Ostpreußen nicht fremd ist.

Die russische Offensive im Winterkrieg, wie er den Russen, auch in der Schwedien und in Ostpreußen nicht fremd ist.

Gegen Frankreich und Belgien.

Französischer Tagesbericht

Am Dienstag nachmittag: Auf dem linken Maas-Ufer wurde ein deutscher Handgranatengriff westlich der Höhe 304 des Nachts leicht zurückgeschlagen. Auf dem rechten Ufer wurden durch nächtliche örtliche Kämpfe die französischen Stellungen in Gegend des Werkes Thiaumont erweitert. Die Lage im Dorf Fleury ist unverändert. Der Kampf geht ziemlich lebhaft auf dem Maashöhen weiter. Ein Angriff auf die französischen Stellungen bei Nouilly scheiterte in unserem Feuer.

Flugdienst: Im Laufe einer Erkundung über Belgien feuerten drei mit Geschützen bewaffnete französische Flugzeuge 65 Granaten auf deutsche Schiffe in der Nähe der belgischen Küste.

Dienstag abend: In den Argonnen besetzten wir in der Gegend von Solante den südlichen Rand eines durch die Explosion einer deutschen Mine hervorgerufenen Sprengtrichters. Auf beiden Ufern der Maas dauerte die Beschließung im Laufe des Tages mit mittlerer Heftigkeit an, am heftigsten in der Woivre-Ebene im Abschnitt von Eir. Auf dem rechten Ufer unternahmen die Deutschen gegen 2 Uhr nachmittags einen Angriff auf den Teil des Dorfes Fleury, den wir besetzt halten; sie wurden vollständig zurückgeschlagen.

Belgischer Bericht: Gestern am späten Abend waren die beiderseitigen Artillerien an verschiedenen Punkten der Front von Ramskapelle bis Steenstraate tätig. Heute gegenseitige Beschließung in der Gegend von Dirmuiden.

Englischer Seeresbericht

Am 27. Juni: Gestern abend wurde südlich des Oosterschelde von Ypern ein deutscher Angriff abgewiesen. Unsere Patrouillen waren an der ganzen Front sehr tätig; sie drangen an zahlreichen Punkten in die feindliche Linie ein und fügten dem Gegner viele Verluste zu. In der Nähe von Loos kam es zum Winenkampf, in dem die Deutschen schweren Schaden erlitten. Zahlreiche feindliche Flugzeuge waren gestern in Kämpfe verwickelt. Über der Linie des Feindes kämpften fünf unserer Flugzeuge mit vier Fokker-Flugzeugen; zwei wurden abgeschossen. Die beiden anderen wurden gleichfalls zum Niedergehen gezwungen. Britischerseits wird ein Flugzeug vermisst.

Gegen Rußland.

Der russische Generalstab

Bericht vom 27. Juni. Westfront: In der Front der Stellungen bei Riga und dem Brückenkopf bei Uexküll Artilleriekämpfe. In einigen Abschnitten verjagte die feindliche Infanterie angestrichen: Sie wurde jedoch leicht abgewiesen. Bei Dinaburg griff der Feind erfolglos an. In einem Abschnitt zeichneten sich zwei vorliegende Berichte die Abschnittskommandeure, besonders Leutnant Korkin und Unteroffizier Kononow aus. Korkin hatte 15 Wunden. Feindliche Flieger bemerkten die Stadt Dinaburg an mehreren Stellen mit Bomben. Gestern abend besetzten die Deutschen nördlich des Riga-See unsere Gräben aus schwarzem und leichten Gefächern, von Zeit zu Zeit auch die Gegend zwischen dem Meer und der Ostsee (9 Kilometer nördlich des Riga-See) und nördlich des Riga-See (26 Kilometer südlich des Riga-See) und griffen daran an; sie wurden aber durch unser Feuer abgewiesen. Die Angriffe wurden wiederholt, scheiterten aber jedesmal; der Feind wurde immer von neuem in seine Ausgangsgräben zurückgeworfen und mußte die Angriffe schließlich aufgeben. In der Ostsee sind vorerst die Deutschen in der Nacht zum 27. Juni nach kurzer Artillerieerörterung angestrichen: Sie wurden aber durch unser Feuer abgewiesen. Der Feind griff bei der Küste nördlich von Riga und nördlich des Riga-See an. Es gelang ihm, auf das Schiffsarsenal vorzubringen, das wurde aber allmählich verdrängt und ging zurück. Wir besetzten darauf unsere alte Stellung. In der Front bei Riga-Fehusowka, am Strand, behielten der Feind unsere Stellungen andauernd mit schweren Geschützen. Weiter südlich haben Artillerie- und Infanterieerörterungen statt. In der Gegend von Krasnoje (15 Kilometer südwestlich Riga) wurde ein zweifelhaftes Flugzeug von unserer Artillerie abgeschossen; Pilot und Beobachter fielen verwundet in unsere Hände. In der Gegend von Krasnoje behielten der Feind mehrere Stellen mit schwerer Artillerie. Am 27. Juni helte unser Fliegerleutnant Orlow, der an diesem Tage zum zweiten Male aufstieg, einen feindlichen Flieger in einer Höhe von 2000 Metern im Kampfe bemerkte und warf ihn in der Nähe des Dorfes Poddanice zu Boden. In der Gegend westlich von Krasnoje warteten unsere Truppen in der Nacht auf den Feind. Nach dem letzten Bericht hieß die Zahl der von der Armee Brussilows gemachten Gefangenen und der Kriegsgefangenen. Vom 4. bis 22. Juni fielen in unsere Hände 1031 Offiziere, darunter Generale und Militärgouverneure, 10401 Soldaten, 219 Geschütze, 614 Maschinengewehre, 196 Bombenwerfer, 146 Artilleriewagen und 33 Schienenwagen.

Schwarzes Meer: In der Meerenge bei Traband fand ein Kampf zwischen drei unserer Wasserflugzeuge und vier deutschen Flugzeugen statt. Ein deutsches Wasserflugzeug wurde herabgeworfen und fiel ins Wasser. Der Feind verminderte vergeblich, das Flugzeug zu retten; dieses wurde durch unsere Bomben und durch Wasserbomben zerstört vernichtet. Unsere Flugzeuge kehrten unbeschadet zu ihren Basen zurück.

Kaukasusfront: Die Türken verjagten unter dem Schutz ihres Artilleriegeschützes den Flug Casaladaraff (?) zu überqueren, der bei dem Dorfe Kurul von rechts in den Euphrat mündet, wurden aber von uns zurückgeworfen. Auf Kurul zu in der Gegend von Kurul warteten unsere Truppen den Feind aus seinen Stellungen ab und trieben ihn nachwärts.

Anmerkung: Als Beispiel für die ungenügende Vermengung unserer Dankeslisten sei nachfolgender Vorfall gemeldet: Beim Übergang über den Dnjepr bei Snodino durchschritt ein Teil der Soldaten den Fluß ganz nackt, nur das Gewehr in der Hand. Nachdem sie das andere Ufer schwimmend erreicht hatten, griffen sie den Feind mit dem Schwert an, machten einen Teil nieder und nahmen die anderen gefangen. Sie hielten die eroberte Stellung des Uferstreifen der Befestigungen.

Gegen England.

Unterstützung über den Untergang der „Gampshire“.

Der „Morning Post“ zufolge brachten 21 Abgeordnete, darunter neun Liberalen, im Unterhaus den Antrag ein, es solle eine öffentliche Unterstützung über den Untergang der „Gampshire“ beschlossen werden.

Gegen Italien.

Der italienische Seeresbericht

Nachdem wir am 28. Juni: Zwischen der Etsch und der Brenta liegen wir das Seebatt, dem Feinde auf den Rücken, hat, welches der Gegner durch kontinuierliches Feuer ununterbrochener Schüsse und hartnäckigen Widerstand der Regimenter aufzuhalten mußte, welche sich an den Küsten gegenüber

Stellen des wechselvollen Geländes einmischen und mit zahlreichen Maschinengewehren versehen sind. Im Ballarso-(Brand)-Zeroberten unsere Truppen gestern die starken Verhängerungen von Mattassone und Anghebeni (Mangeben) und vollendeten die Eroberung des Monte Cemerle. In der Posina-Front wurden die letzten Abteilungen des Feindes von den Südhängen des Bach und besetzten Posina und Riserio und begannen auf den nördlichen Talhängen vorzugehen. Auf der Hochfläche der sieben Gemeinden erreichte unsere Infanterie, wobei die Artillerie führe Vorstöße machte, die Linie Punta Corbi, Tresche, Conca Dondi und Cesuna südwestlich von Piaggio. Im Nordosten überschritt sie Mostal und besetzte den Monte Giara, den Monte Taverio, den Spitzberg und den Cima della Sacta. Auf dem rechten Flügel nahmen unsere tapferen Abteilungen nach heftigem Kampfe den Cima della Caldiera und den Cima della Campanella südlich davon im Sturmangriff. Auf der ganzen von uns besetzten Front sammelten wir viele Beweise von der angeborenen Barbarei des Feindes. Hierher war von Bränden verwüstet, Piaggio und andere blühende Ortschaften in rauchende Trümmer verwandelt. In der Umgebung des Monte Magnaboschi fanden wir die Leichen etwa hundert unserer Soldaten ganz nackt im Schmutz. Im Sugana-Tal ist die Lage unverändert. Im oberen Banoio besetzten wir Lognolamassina. In der übrigen Front kein wesentliches Ereignis. Eins unserer Flugzeuggeschwader, 10 Flugzeuge stark, warf gegen 50 Bomben großen Kalibers auf den Bahnhof von Calliano in Lagarina-Tal mit offenbar sehr wirksamem Erfolge. Unser Flugzeug wurde vermisst während eines Luftkampfes über Verona zum Absturz gebracht.

Der Balkankrieg.

Bericht des bulgarischen Generalstabs

Am 27. Juni: Die Lage an der mazedonischen Front ist unverändert. Das schwache Geschützer im Tale des Wardar und dem Südbahngang des Belasitz geht täglich auf beiden Seiten weiter. Am 24. Juni haben wir die Franzosen durch unser Feuer gezwungen, ihre Stellungen nördlich der Ortschaft Gorno-Poroy zu räumen. Gestern zerstörte das Feuer unserer Artillerie auf dem rechten Ufer des Wardar zwei feindliche Geschütze. Außerdem rief es eine Explosion in den Munitionsdepots hervor. In der ganzen Front finden für uns günstig verlaufende Gefechte zwischen Patrouillen und Vorposten statt. Fast täglich werfen feindliche Flieger weiterhin Brandbomben auf die Felder und das Gebiet der Dörfer Karaghioz, Lurakarke, Orzalo, Janeli und Ghendjeli, die am unteren Laufe der Westa liegen. Sie wurden besonders am 25. Juni heimgesucht. Am 26. Juni bombardierte ein feindliches Flugzeug wirkungslos das Dorf Merzengi.

Entente-Umtriebe in Griechenland.

Das „Neue Wiener Journal“ meldet aus Athen: Großes Aufsehen erregt hier die Verhaftung eines höheren Telegraphenbeamten, der beschuldigt wird, den Inhalt chiffrierter Depeschen an die Entente verraten zu haben. Ferner wurde eine größere Anzahl von Unteroffizieren und Soldaten der griechischen Marine verhaftet. Offiziell wird angegeben, sie hätten geheime Konventionen abgeschlossen, um höhere Löhne zu erlangen. Diese Angaben finden jedoch keinen Glauben. Die Machenschaften des Bierverbandes in Griechenland bereiten der griechischen Regierung große Sorge. So spielten sich in einer Kirche in Athen ganz unqualifizierbare Szenen ab. In dieser Kirche sollte ein schon seit einigen Tagen gerüchelt angekündigtes Teufler für durch die Türken und Bulgaren angeblich ermordete Griechen abgehalten werden. Es kam dabei zu einer wüsten Kauferei in der Kirche.

Verhaftungen und Generalfreik in Rumänien.

Rakowski, der Führer der rumänischen Sozialisten, wurde auf Befehl des Galager Gerichtshofes in Bukarest verhaftet. Für heute Donnerstag wurde in Bukarest der Generalfreik angekündigt als Protest gegen die Haltung der Behörden und Truppen in Galaz. Bis jetzt erlagen 10 Arbeiter ihren Wunden, 35 wurden verwundet, gegen 100 verhaftet. Die Presse greift die rumänische Regierung an, weil sie es in der Verpflegungsfrage soweit kommen ließ. — Entgegen der amtlichen Darstellung betonen die Blätter übereinstimmend, daß der Kommandant der ausgerückten Truppen, ein junger Leutnant, Befehl zum Feuern gab, ohne daß die vorgeschriebene Aufforderung an die Menge gerichtet wurde; auch (hoff) man aus der Menge vorher nicht.

Der Seekrieg.

Keine deutschen U-Boot-Verluste.

(WB.) Berlin, 28. Juni. Die immer wiederkehrende englische Behauptung, auch von offizieller Seite, daß eine größere Anzahl von deutschen U-Booten während der See-schlacht vor dem Skagerrak vernichtet worden sei, ist völlig aus der Luft gegriffen. Es hat kein einziges deutsches U-Boot an der Seeschlacht teilgenommen und es konnte daher während der Seeschlacht auch keines verloren gehen. Auch sind sämtliche zur Zeit der Seeschlacht in See gemessenen U-Boote wohlbehalten zurückgekehrt.

Über 20 russische Schiffe gesunken.

Dem Petersburger „Dien“ zufolge erhielt die Schiffschiffsbörse in Petersburg die Nachricht, daß während der letzten Stürme auf dem Ladoga-See und in der finnischen Bucht mehr als zwanzig mit Kriegsmaterial und Lebensmitteln beladene russische Fahrzeuge untergegangen sind; der Schaden sei ungeheuer.

Opfer der Winen.

Der holländische Dampfer „Waalstrom“, 1441 Tonnen groß, ist auf dem Wege von Swamsea nach Amsterdamm auf eine Mine gelaufen und gesunken. Ein Matrose wurde getötet.

Die Unterseeboote in der Adria.

Der Marinemitarbeiter der „Times“ schreibt: Die erfolgreichen Leistungen der österreichisch-ungarischen Unterseeboote in der Adria beweisen, daß es eine schwierige Aufgabe ist, die Seeverbindung gegen derartige Angriffe zu schützen. Die Schwere der Überwachung wird aber noch größer, da nicht nur österreichische Unterseeboote im Mittelmeer tätig sind, sondern auch deutsche Unterseeboote neuesten Stils.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Deutsche Erfolge in den Kolonien.

Die „Königliche Volkszeitung“ berichtet Einzelheiten über ein siegreiches Gefecht unserer ostafrikanischen Streitkräfte bei Konda-Frangi über die Burenbrigade des Generals van Deventer vom 9. bis 11. Mai. Danach führte der äußerst bittere Kampf zur Eroberung der gesamten englischen Stellung. Die Engländer zogen sich mit großer Geschwindigkeit ostwärts zurück, um eilig neue Verschanzungen anzulegen. Unsere siegreichen Truppen konnten den geschlagenen Gegner nicht weiter verfolgen, weil es ihnen an Pferden fehlte. Der Feind verlor in den dreitägigen Kämpfen 1200 Mann; die Hälfte davon blieb tot auf dem Platz. Mehrere leichte Geschütze und Maschinengewehre wurden erobert.

Die Kartoffelausfuhr aus Holland freigegeben.

Ein Amsterdamer Blatt meldet, daß die Regierung versprach, vom Donnerstag, den 29. ab die Kartoffelausfuhr wieder zu gestatten. Die Grenze soll für schottische Kartoffeln die größer als 60 Millimeter sind, geöffnet werden. 50 % dürfen ausgeführt werden; der Rest muß für den inländischen Verbrauch zur Verfügung gestellt werden. — Der „Telegraaf“ meldet, daß die vereinigten Gärtnere von Nordholland den gesamten Verkauf von Kartoffeln einstellen wollen, wenn die holländische Regierung nicht bis Montag eine Ausfuhrerlaubnis für Frühkartoffeln erteilt.

Die mexikanische Kriegsgefahr.

Die amerikanische Regierung hielt wegen der Möglichkeit eines Krieges mit Mexiko mehrere Ladungen von Waffen und Munition, die nach Mexiko bestimmt waren, zurück. Staatssekretär Lansing hat dem bolivianischen Gesandten in Washington erklärt, er glaube nicht, daß der Augenblick für eine Vermittlung gekommen ist. Der Gesandte antwortete, die Republik des lateinischen Amerikas seien geneigt, die Frage von neuem zu erörtern, sobald die Antwort Carranzas auf die amerikanische Note eingetroffen ist.

Nach der „Times“ sind die Versuche einiger südamerikanischen Staaten, den Präsidenten Wilson zu einer schiedsgerichtlichen Austragung des Konfliktes zu bewegen, mißglückt. Wilson will die Wirkung seiner Note nicht durch etwas abschwächen, was den Anschein erregen könnte, als ob es ihm mit dieser Kriegsdrohung nicht ernst sei. Die Abreise der ersten Militärabteilungen wird durch den Mangel an Schlafwagen verzögert.

Während der Vertreter Mexikos erklärt, daß Carranza grundsätzlich bereit ist, die Vermittlung der spanisch-amerikanischen Republiken anzunehmen, war bezeichnenderweise bei der gestrigen Besprechung Wilsons mit den Führern des Kongresses und dem Vorsitzenden der Kommission für Auswärtiges von der Vermittlung keine Rede. Das Ergebnis der Besprechung war, daß ein Einmarsch in Mexiko nur dann nicht stattfindet, wenn Carranza die amerikanischen Forderungen annimmt, seine Gefangenen freigibt und erklärt, daß er keine weiteren feindlichen Handlungen begehren wird.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus New York, daß die Lage in Mexiko weniger bedrohlich erscheine, weil der amerikanische General Pershing seine Basis 100 Meilen in der Richtung der amerikanischen Grenze zurückverlegt habe. Pershing soll sich längs einer von der mexikanischen Regierung vorgeschlagenen Linie zurückgezogen haben.

Nach Pariser Blättermeldungen gingen die amerikanischen Truppen gegen ein von den Carranzisten bezogenes festverwahrtes Lager bei St. Antonio im Staate Chihuahua vor.

Zahlreiche Amerikaner, die sich in England aufhalten und der Nationalgarde angehören, haben von ihrem Vorgesetzten telegraphisch die Aufforderung erhalten, sofort nach Amerika zurückzukehren und sich zum Militärdienst zu stellen. Ebenso wurde eine Anzahl anderer Amerikaner aufgefordert, sich für den Eintritt in die Miliz bereitzustellen. — New Yorker Blätter erklären, daß, falls weitere Freiwillige zum Dienst in Mexiko aufgerufen werden könnten, sich Roosevelt bewerben wird, zum Generalmajor ernannt zu werden und zwölftausend vollständig ausgerüstete Mannschaften ins Feld führen zu dürfen. Die Rekrutierung ist schon im Gange.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 29. Juni.

Juni-Rosen.

Im Grün will sich verstecken
Der Bäche Lauf;
Nun wachen in den Heiden
Die Rosen auf.

Die vollen Knospen springen
In Busch und Strauch;
Die Welt will sich verzüngen
Im Sommerhauch.

Gibt's Kämpfen wo und Klagen?
Durch laue Luft
Weht wie in Friedenstag
Ihr süßer Duft.

Im Garten such' ich eine,
Die weiß und zart.
Doch keine fand ich — keine
Von solcher Art.

Macht es des Sturmes Tosen,
Der Städte Gult?
Es sind die Juni-Rosen
So rot wie Blut.

Paul Enderling („Wahrer Jakob“).

Haushaltungen mit größeren Zudervorräten. Bei der Erhebung der Zudervorräte am 25. April ds. Js. waren in mehreren hundert Haushaltungen größere Zudermengen vorhanden. Diese Haushaltungen dürfen nach einer Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 7. Juni nicht mehr Zuder verbrauchen, als alle übrigen zugewiesenen erhalten, nämlich 800 Gramm auf den Kopf des Haushaltsmitgliedes im Monat. Wer mehr verbraucht, erhält keinen Ersatz dafür und bekommt keine Zuderkarte erst ausgehändigt, wenn die der vorstehend genannten Verbrauchsmenge entsprechende Zeit verstrichen ist; größere Vorräte, wahrscheinlich alle, die 12 Pfund auf den Kopf des Haushaltsmitgliedes übersteigen, sind vom Kommunalverband in Anspruch genommen und auf besondere schriftliche Mitteilung an ihn abzuliefern. Bis dahin haben die Besitzer ihre Vorräte sorgfältig aufzubewahren und dürfen sie ohne Zustimmung des Kommunalverbandes weder verkaufen noch sonst anderen überlassen, auch nur die zulässige Höchstmenge im eigenen Haushalt verbrauchen. Wer Vorräte besitzt, die über den vorstehend erwähnten Anordnungen jenseitig übersteigen, wird mit Geldstrafe bis zu 6 Monaten oder mit Gefängnis bis zu 15 000 Mk. bestraft.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 29. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Das Gesamtbild an der englischen und am Nordflügel der französischen Front ist im wesentlichen das gleiche wie am vorhergehenden Tage. Die Vorstöße feindlicher Patrouillen und starker Infanterieabteilungen, sowie auch die Gasangriffe sind zahlreicher geworden. Ueberall ist der Gegner abgewiesen. Die Gaswellen blieben ohne Ergebnis.

Der Artilleriekampf erreichte teilweise große Heftigkeit.

Auch an unserer Front nördlich der Aisne und in der Champagne, zwischen Auberive und den Argonnen entfalteten die Franzosen lebhaftere Genesstätigkeit. Auch hier wurden schwächere Angriffe leicht zurückgeschlagen.

Rechts der Maas fanden nordwestlich des Werkes Thiaumont kleinere Infanteriekämpfe statt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Russische Angriffe einiger Kompagnien zwischen Duba-Cowka und Smorgon schieden im Ezersee. Bei Gnejskij (südlich von Ljubitsch) führte eine deutsche Abteilung einen feindlichen Stützpunkt östlich des Neimen, nahm 2 Offiziere und 58 Mann gefangen und eroberte 2 Maschinengewehre und 2 Minenwerfer.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Sekretariat.

Höchstpreise für Süßwasserfische. Der Senat gibt folgende durch den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes erfolgte Festlegung der Preise für Süßwasserfische bekannt: Beim Verkauf von Süßwasserfischen im Großhandel dürfen für fünfzig Kilogramm Reingewicht einschließlich Verpackung folgende Preise nicht überschritten werden:

bei Karpien	165 Mk.
„ Schleien	125 „
„ Hechten	120 „
„ Heien oder Brachsen von 1 Kilogramm und darüber	80 „
unter 1 Kilogramm	60 „
„ Plögen und Rotaugen von 1 Kilogramm und darüber	60 „
unter 1 Kilogramm	50 „
Insofern für Süßwasserfische gemäß § 4 der Verordnung des Bundesrats vom 1. Mai 1916 Höchstpreise für die Abgabe im Kleinverkauf an den Verbraucher festgelegt werden, dürfen sie für 0,5 Kilogr. folgende Sätze nicht überschreiten:	
bei Karpien	1,80 Mk.
„ Schleien	1,50 „
„ Hechten	1,50 „
„ Heien oder Brachsen von 1 Kilogr. und darüber	1,00 „
unter 1 Kilogr.	0,75 „
„ Plögen und Rotaugen von 1 Kilogr. und darüber	0,75 „
unter 1 Kilogr.	0,65 „

Bei abweichender Anordnung der Grundpreise gemäß § 3 der Verordnung des Bundesrats vom 1. Mai 1916 tritt eine entsprechende Änderung dieser Sätze ein.

Das Schwalbennest im Unterland. Vom Narocz-See schreibt uns ein Lübecker Parteigenosse: Unsere Stellung, die wir am 29. Mai wieder gelehrt haben und jetzt in unserer Hand ist, ist das Dörfchen ... mit seiner schönen Kirche. Es ist aber vom See her verschwand, nur noch die Mauerreste sehen dort und bilden jetzt das Ziel der russischen Artillerie, weil wir des Abends dort unser Essen von den Feldküchen holen. Wir liegen ... Meter links vom See. Täglich in hier Artillerieduell und Angriffe gibt es haben wie denken. In unserm Unterland, den wir am 2. Mai erobert haben, brütet ein Schwalbenpaar, das jedenfalls früher im Dorf und dort B. eine sommerliche Heimat hatte. Von der Artillerie, das mitunter den ganzen Unterland herumwacht und trotz Einfluges von Granaten in der Nähe, von denen wir selbst erfahren von unserer Lagerstätte, als wäre unter letzter Schindeln gekommen, ließ sich das Tierchen nicht vom Nest verschrecken und brütet ruhig weiter. Heute sind drei Jungen im Nest und das Schwalbenpaar sitzt bei uns ein und das, um die Jungen zu ernähren. Unser Unterland ist nicht allzu hoch, beim Aufsteigen haben wir aus Sicht. Aber die Tierchen bleiben so und ganz zurücklich. Gewiss eine Seltenheit.

Hebermittlung von Geldern an kriegsgefangene Deutsche. Die deutsche Bank, die seit nahezu anderthalb Jahren in großem Umfange Zahlungen an die Kriegsgefangenen und zurückgebliebenen Zivilpersonen in Rußland vermittelt, hat seit Dezember 1915 auch den Zahlungsdienst an unsere Landsleute in England und Frankreich aufgenommen. Da die von der Deutschen Bank in Anspruch gebrachten Unrechnungskurse für den Empfänger zu günstigen Bedingungen berechnet werden, empfiehlt sich, den Dienst der Deutschen Bank für die Hebermittlung von Geldern nach Frankreich und England in Anspruch zu nehmen.

Ausweise bei den Hausfassungen. In gegebener Veranlassung weisen die Lübecker Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz darauf hin, daß ihre beauftragten Sammler für die Hausfassungen mit einem Ausweis versehen sind. Der Ausweis muß bei Empfangnahme der Spenden vorzulegen werden. Es wird dringend gebeten, nur den mit solchen Ausweisen versehenen Sammlern Gaben auszuhandigen.

Hebernahme alkoholgehaltiger Maßnahmen aus der Kriegs- in die Friedenszeit. Von der Trinkerfürsorge erhalten wir viele Zeiten: Auf der letzten Trinkerfürsorgekonferenz verlangte Herr Dr. Trommershausen-Marburg unter allseitiger Zustimmung ein Alkoholverbot bezw. die Einschränkung des Wirtschaftsbereiches für Militärpersonen auch für die Zeit der Demobilisation, u. a. aus Rücksicht auf die große Kriegstrauer. Weitere Forderungen betrafen die Beseitigung der Unmirtelkneipen, die Beibehaltung der früheren Polizeistunde und der Beschränkungen bezüglich Alkoholverzehrung und -verbrauch, sowie ein Verbot des Alkoholausgangs an Jugendliche. Trunkenheit sollte in Zukunft auch bei Zivilpersonen, die sich strafbar gemacht haben, ebenso wie schon jetzt bei Militärpersonen, nicht mehr als Strafmißvergehen gelten. (Ann. d. Red.: Wir können nur einen Teil dieser Forderungen für berechtigt erachten.)

Selbst den deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Durch die neutralen Sendboten des Roten Kreuzes, die die Lager unserer in Feindesland sich befindenden Gefangenen aufgesucht haben, ist festgestellt worden, daß in vielen Lagern bittere Not herrscht, die droht, die Gesundheit der Gefangenen zu erschüttern, wenn nicht bald durch große Mengen im neutralen Ausland besorgter Lebensmittel für sie gesorgt wird. Auch warmes Winterzeug muß wieder beschafft werden. Nun ist die Volksspende zum Besten unserer deutschen Gefangenen ins Leben gerufen, zu der wir heute durch unsern Aufruf auffordern. Wer helfen kann, der helfe, es gilt die Not unserer Gefangenen zu lindern.

Austauschvermündetenfahrt mit Dampfer „Phönix“. Wieder stellt der Offiziersverkehr seinen Salondampfer „Phönix“ den Austauschvermündeten zur freien Fahrt am Sonnabend, dem 1. Juli, zur Verfügung. Diesmal werden die Wünsche des Publikums berücksichtigt. Es dürfen Verwandte und Bekannte an der Fahrt teilnehmen zu billigen Preisen. Durch dieses neue Entgegenkommen steigt der Offiziersverkehr wohl weiter in der Gunst des Publikums. Zu dieser Fahrt ist kein Paß nötig, weil nicht gelandet wird.

Vom Offiziersverkehr. Man schreibt uns: Trotz Bekanntmachungen, Fahrplänen usw. gibt es wohl viele, die es noch nicht

wissen, daß der Offiziersverkehr täglich eine Verbindung zwischen Travemünde-Grömitz-Kellenhusen und Dahme unterhält. Im Dahme bleibt der Dampfer eine Zeitlang, so daß jedem Besucher auch Gelegenheit geboten ist, in dem Bad zu verweilen. In vorigen Jahre bestand keine Seeverbindung, welches schwer empfunden wurde. Da durch die heutigen Verhältnisse die Verbindung der einzelnen Bäder miteinander schwierig und mit großen Kosten verknüpft ist, so sind die diesjährigen regelmäßigen Fahrten bis Dahme doppelt zu begrüßen, die es ermöglichen, leicht, bequem und billig nach Grömitz, Kellenhusen und Dahme zu gelangen. (Siehe Fahrplan.)

Das Stadttheater bereitet sich bereits auf seine in einigen Monaten beginnende Spielzeit vor. Von seiner Leitung sind „Die Troerinnen des Euripides“ in der Uebertragung von Franz Werfel zur Ausführung erworben, ein Werk, das dem Geist der furchtbaren Kriegszeit in seiner künstlerischen Schönheit und Größe entspricht.

Harburg. Gute Weide — dennoch Teuerung! Aus Harburg, 20. Juni, schreibt man dem „Hann. Kur.“: Aus dem Marschen wird gemeldet, daß sich die allfösten Leute nicht entfennen, Monate wie Mai und Juni erlebt zu haben, die eine so reiche Ernte brachte, daß sich auch da tatsächlich das Vieh nicht „hindurchreisen“ konnte, wo es reichlich aufgetrieben war. Der Milchertag ist verhältnismäßig hoch gestiegen. Beim Magervieh sind in den wenigen Wochen des Weidenganges die Spuren der dürftigen Winterfütterung, die es bei a. Nahrung nur allzu deutlich zur Schau trug, vollständig geschwunden, die Zettelaufnahme vollzieht sich erstaunlich rasch und das gegenwärtige Aussehen der Tiere ist hochbefriedigend, so daß bald den Märkten erfrischendes Vieh wird zugeführt werden können. — Auch aus anderen Gegenden des Reiches wird von einem guten Stand der Weiden berichtet. Man müßte daher erwarten, daß Fleisch und Milch nun bald wieder billiger werden. Bis jetzt ist davon allerdings nichts zu merken, im Gegenteil, man beachtete sogar an einzelnen Orten die Erhöhung der Rindfleischpreise. Außerdem hat man kürzlich erst in Groß-Berlin die Milch wieder verteuert. Womit will man angesichts der günstigen Berichte über den Weide- und Viehstand die Aufrechterhaltung und weitere Steigerung der hohen Milch- und Fleischpreise begründen?

Bremen. Eine Gewerkschaftskonferenz für Westdeutschland tagte am Sonntag, dem 25. Juni im Gewerkschaftshaus in Bremen. Anwesend waren 51 Delegierte. Die Konferenz war zusammengesetzt aus Vertretern der Gauleitungen und Gewerkschaftskartelle des Nordwestdeutschen Bezirks zwischen Weier und Elbe. Arbeitersekretär Troncke-Bremerhagen referierte zunächst über: „Die Arbeitsnachweise im Regierungsbezirk Stade und den angrenzenden Wirtschaftsgebieten“. Nach einer kurzen geschichtlichen Darstellung über die Entwicklung des Arbeitsnachweises in Deutschland besprach er die Maßnahmen, die in der Arbeitsvermittlung nach dem Kriege getroffen werden müßten. Redner bestritt eine Zentralisation der Arbeitsvermittlung und besprach dann die Tätigkeit der Arbeitsnachweise im Bezirk. Nach einem Gutachten, das der Magistrat in Geestemünde bei der dortigen Handwerks-Kammer eingeholt, besteht ein Bedürfnis für einen kommunalen Nachweise nicht. Auch war, um die Arbeitsvermittlung zu vereinfachen, beantragt worden, die drei vorhandenen Arbeitsnachweise in ein Gebäude zu verlegen. Auch dieser Antrag, der vom Bürgermeister in Bremerhaven gestellt wurde, ist abgelehnt worden. Ebenso kam von Stade eine ablehnende Antwort. Nachdem der Redner noch die Frage der Arbeiterämter besprochen, machte er den Vorschlag, eine Kommission zu wählen, die direkt mit dem General-Kommando verhandelt. Sollten die Verhandlungen scheitern, dann müßte die General-Kommission eingreifen. Die Frage dürfte nicht brüchig, sondern müßte zentral über den ganzen Bezirk geregelt werden. Der Vertreter der General-Kommission Lohmann-Berlin sprach sodann über die Bemühungen der General-Kommission zur Verbesserung der zentralen Arbeitsvermittlung. — Die Konferenz nahm folgende Beschlüsse: Die Konferenz ist der Auffassung, daß eine geregelte, jedem Teil gerecht werdende Arbeitsvermittlung nur möglich ist, durch paritätisch geleitete und verwaltete Arbeitsnachweise. Kommunale Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage können ihrer Aufgabe nur dann voll gerecht werden, wenn alle anderen Nachweise, die nicht auf Parität aufgebaut sind, beseitigt werden. Ehe obige Voraussetzungen nicht erfüllt sind, liegt für die Arbeitnehmer keine Veranlassung vor, ihre Arbeitsnachweise aufzugeben. Da im Bezirk Stade und den angrenzenden Wirtschaftsgebieten bis jetzt keine ausreichenden Maßnahmen getroffen sind, die der oben angeführten Voraussetzungen entsprechen, hält es die Konferenz für dringend erforderlich, daß die Arbeitnehmer möglichst an allen Orten Nachweise errichten und da, wo solche bestehen, dieselben ausgebaut werden. Der Errichtung von Zentralauskunftsstellen, wie diese in der Reichskonferenz vom 30. April 1915 empfohlen sind, steht die Konferenz gegenüber. Doch kann sie den bis jetzt im Regierungsbezirk Stade und den angrenzenden Wirtschaftsgebieten bezüglich der Auskunftsstellen getroffenen Maßnahmen nicht zustimmen, da diese mit den Vorschlägen der Konferenz vom 30. April 1915 und der Ministerialverordnung sowie der Bundesratsverordnung vom Mai 1915 nicht im Einklang stehen. Die Konferenz beschließt daher, eine Kommission zu beauftragen, durch eine Eingabe an das Stellvert. Generalkommando in Altona die Ansicht der Arbeiterschaft zu unterbreiten. Zugleich soll auch die Kommission durch mündliche Verhandlungen mit dem Stell. Generalkommando alle Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung des genannten Bezirks vortragen. Der General-Kommission soll von dieser Stellungnahme der Konferenz Mitteilung gemacht werden.“ In die Kommission wurden Heße-Bremen, Koch-Hamburg und Troncke-Bremerhagen gewählt.

Neueste Nachrichten.

Amsterdam, 28. Juni. Der Landwirtschaftsminister hat noch heute abend die Verfügung erlassen, daß den Exporteuren von Gemüse und Kartoffeln ab heute die Erlaubnis erteilt werden soll, bestimmte Sorten Gemüse auszuführen zu dürfen. Auf diese Weise scheint im letzten Augenblick der drohende Streit der bereits von den Gemüsehändlern Nordhollands geplant war, beigelegt zu sein. Wie weiter mitgeteilt wird, hat der Landwirtschaftsminister angeordnet, daß den Exporteuren die Ausfuhrerlaubnis für bestimmte Sorten Frühkartoffeln erteilt werden soll.

Zürich, 28. Juni. Das Feuerungsgepenit schwebt in den letzten Tagen der gesamten schweizerischen Presse vor. Inherberordentliche Maßnahmen werden vorbereitet, um den drohenden Hunger zu verhüten. Die Furcht vor der Hungertod durch einen verheerenden Wirtschaftskrieg und durch die Aussicht auf einen dritten Winterfeldzug ist allgemein. Maßnahmen wie die in Deutschland getroffenen und sogar eine Nahrungsmittel-Diktatur werden vorgeschlagen.

Verlustlisten.

Erlosenen sind:
Breschische Verlustliste Nr. 566.
Sächsische Verlustliste Nr. 294.
Württembergische Verlustliste Nr. 408.
Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Enderling, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stilling.
Verleger: J. H. Schwartz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Lübeck.

Weisse Waschblusen 195
260 210

Seidene Blusen 875
1500 1200

Musselin-Blusen 350
425 390

Sommer-Jacken 350
vorjährig

Wir verkaufen:

Seidene Regenmäntel	3900	4500	5400	6000
Imprägn. Regenmäntel	2500	2650	3200	3800
Imprägnierte Lodenmäntel	1900	2100	2650	3000
Imprägnierte Lodenumhänge	1050	1250	1500	2100
Jacken-Kleider	2100	2800	3600	4500
Jacken-Kleider	650	1250	1650	1800
Kleider-Röcke	550	750	975	1250
Leinen- und Frotté-Röcke	350	390	475	550

Gebr. Hirschfeld

Breite Straße 39-41.

8077

Komitee- und Kommissionsitzungen

D. T. V.
Vorstandssitzung
am Freitag, dem 30. Juni,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
NR. Zu dieser Sitzung sind die
Sohnkommissionen der Kohlen-
arbeiter und Schauerleute ein-
geladen.
Der Vorstand.

Am Mittwoch morgen ent-
schied ich mich nach längerem
Leiden mein lieber Mann,
meiner Kinder treuerer Vater,
meiner Mutter lieber Sohn,
Schwiegerohn, Bruder und
Schwager

Wilh. Kruse
Geb. am 2. 10. 1858
im 58. Lebensjahre
Zu demselben noch mit
meinen Kindern und allen,
die ihn nahe standen.
Anna Kruse geb. Ollmann.
Geb. am 29. Juni 1916.
Ehew. am 25. 10. 1916.
Die Beerdigung findet am
Montag, dem 3. Juli, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, in der
Kapelle St. Marien statt.

Quartale ab. 2. 10. 1916
Geb. am 2. 10. 1858
im 58. Lebensjahre
Zu demselben noch mit
meinen Kindern und allen,
die ihn nahe standen.
Anna Kruse geb. Ollmann.
Geb. am 29. Juni 1916.
Ehew. am 25. 10. 1916.
Die Beerdigung findet am
Montag, dem 3. Juli, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, in der
Kapelle St. Marien statt.

Slappierwagen
zu verkaufen.
Kontakt: 38 11

Deutscher Metallarbeiterverband

Vernichtungsstelle Lübeck.
Nach langer Krankheit
starb am 27. Juni unter
lansjähriges und treues
Mitglied, der Memner
Heinr. Krellenberg.
Wir werden demselben
ein ehrendes Andenken be-
wahren.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, dem 1. Juli, nach-
mittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des St. Marien-
Krankenhaus.
Die Mitglieder versammeln
sich bis 2 1/2 Uhr beim
„Weissen Tisch“.
Am recht regen Beteiligung
erhielt.
Die Ortsverwaltung.

Chorverein Lübeck.

Mitglied des Deutschen
Arbeitsnährerbundes.
Nach langer Krankheit
starb am 27. Juni unter
lansjähriges und treues
Mitglied, der Memner
Heinr. Krellenberg.
Wir werden demselben
ein ehrendes Andenken be-
wahren.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, dem 1. Juli, nach-
mittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des St. Marien-
Krankenhaus.
Die Mitglieder versammeln
sich bis 2 1/2 Uhr beim
„Weissen Tisch“.
Am recht regen Beteiligung
erhielt.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

In der Nacht zum Mitt-
woch verstarb unser Genosse
J. H. Krellenberg.
Wir werden ihm ein ehren-
des Andenken bewahren.
Die Beerdigung erfolgt
am Sonntag nachmittags
3 Uhr auf dem Vorwerker
Friedhofe. Die Mitglieder
sammeln sich bis 2 1/2 Uhr
im „Weissen Tisch“.
Der Vorstand.

Guterhalt. Puppenwagen en.

auf Gummi u. ein Herren-Anz.
zu verk. gef. Ang. m. Fr. unt.
W S 25 an die Exp. (3076)

Heinrich

im Alter von fast 13 Jahren.
Ziefbetrauert v. seinen Eltern
Heinr. Beulcke u. Frau
geb. Lienshöft
seinem Bruder **Karl**,
Großeltern u. all. Bekannten.
Beerdigung am 1. Juli.
Beginn der Trauerfeier 10 1/2
Uhr vormittags in der
Friedhofskapelle Burgtor.

6 junge Hühner

zu verkaufen. (3069)
Gloagstraße 32-34.
Ein Portemonnaie mit Inhalt
im Lad. des Herrn Speck, Düppel,
verloren. Die Finderin, die er-
kannt ist, wird erucht, dasselbe
abzugeben Lange Reihe 1, I. (3067)

Zu kaufen gesucht ein Paar

halblange Stiefel, Gr. 44-45.
Ang. u. B 27 an die Exp. (3076)
Zu kaufen gesucht guterhalt.
Vogelbauer und Klein. Fenster.
Angebote unter E L 5 an die
Exp. d. Bl. (3068)
Gesucht Damenstiefel, breite
Form (Gr. 39), dl. Bluse, Gr.
42-44. Ang. unt. T K 29 an
die Exp. d. Bl. (3066)
Flechten und alle Saararbeiten
fertig an, auch v. ausgef. Haar
F. W. Lichtenstein, Friseur,
Große Burgstr. 11. (3055)

Großindustrie und Kriegswirkungen.

Von Richard Woldt.
Preis 10 Pfg.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Stadthallen-Sommertheater

Donnerstag, 29. Juni 1916:
Das Dreimäderlhaus.
Freitag, 30. Juni 1916:
Das Glüdmädel.
Sonntag, 1. Juli 1916:
Anfang 6 Uhr
(Ende gegen 11 Uhr):
6. Volkstüm. Konzert
Eintritt 20 Pfg.
Bei ungünstiger Witterung
findet das Konzert im weißen
Saale statt.
Abends 8 Uhr:
Im weißen Rößl.

Unter dem Allerhöchsten Schutze Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin.

Volksspende für die deutschen Kriegs- u. Zivilgefangenen

Unerschütterlich steht unsere Front in Feindesland, ein eherner Wall und eine Bürgschaft des deutschen Sieges.
Unvergleichliche Lorbeeren haben sich unsere Marine und fern der Heimat unsere Schutztruppen errungen.
Groß und stark muß der Wille der Daheimgebliebenen sein, wenn es gilt, weitere Siege deutscher Opferfreudigkeit zu erringen.
Diese Opferfreudigkeit soll heute den gefangenen Deutschen in Feindesland zugute kommen.
Ihre Not steigt mit der Dauer des Krieges.

Getrennt von Heimat und Familie, in Unkenntnis über die wahre Kriegslage, schmachten sie fern vom Vaterland, in ungewohntem Klima, oft bei schwerer Arbeit und unter harter Behandlung.
Kein uns Deutscher ist es in erster Linie hier zu helfen, auch die vor dem Feinde Stehenden werden es sich nicht nehmen lassen, ihren Kameraden in der Gefangenschaft beizustehen.

Eine deutsche Volksspende

soll dazu beitragen, die Not der deutschen Gefangenen in Feindesland zu lindern.
Sie soll mithelfen, daß unsere Brüder gesund und Geist wieder in die Heimat zu den Ihren zurückkehren können. Hier einen Sieg deutscher Opferfreudigkeit zu erringen, ist unser aller Pflicht, damit unsere Landsleute in ihrem deutschen Staate Ihren deutschen Willen und ihrer Jücker in den deutschen Sieg unerschütterlich bleiben.
Die diese Gefangenen in bester Seife der Heimat treu sind, so wollen wir die Treue gegen sie bewahren!

Jeder Deutsche

aus allen Genes, ob arm, ob reich, soll sich an dieser Spende beteiligen, große Summen sind erforderlich.
Unser Brüder sollen in der Gefangenschaft aufgerichtet werden und — zurückgeführt — freudig von der großen Hilfeleistung erzählen.
Jeder von uns soll dann sagen können: „Meine Gabe war auch dabei!“

Der Ehrenausschuß:

- | | | |
|---|--|--|
| von Jegen
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes | von Solz
Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts | von Capelle
Admiral
Staatssekretär des Reichs-Marineamts |
| von von Hohenborn
Generaloberst
Agl. Reichsminister | von Freyherr Graf von Krellenstein
Generaloberst
Agl. Reichsminister | von Wilsdorf
Generalleutnant
Agl. Reichsminister |
| M. m. B. 6. als Kaiserl. Kommissar und Militär-Inspekteur der Freiwilligen Krankenpflege. | | |

Die Vorstände:

des „Vereins der deutschen Vereine vom Roten Kreuz“, des „Baterländischen Frauenvereins“ und der „Landes-Frauenvereine vom Roten Kreuz“, der „Evangelischen Frauenhilfe“, der „Ausgänge für deutsche Kriegsgefangene“, der Vereine „Hilfe für Kriegsgefangene“, der „Hilfsvereine“, der „Kriegsgefangenenhilfe des Christlichen Vereins junger Männer“, des „Caritasvereins für des katholische Deutschland“, des „Deutsch-Italienischen Gemeindebundes“, des „Ausgangs zur Vererbung von Todesgaben an Kriegsgefangene Madamer“, des „Kriegsgefangenen-Bundes der deutschen Landes-Kriegsgefangenen“, des „Hilfsvereins für Kriegsgefangene“.
Hauptarbeitsansatz: Geschäftsstelle Berlin W 9, Badepfer Straße 7.

Der nachstehende Aufruf wird in Lübeck lebhaften Widerhall finden. Mehr als 400 Söhne unserer Stadt befinden sich als Kriegs- oder Zivilgefangene in Feindesland. Hunderte von Austauschverwundeten weilen in unseren Mauern, und viele von uns haben aus ihrem Innern vernommen, welchen Leiden unsere Volksgenossen in der Gefangenschaft ausgeht sind. Unsere gesamte Bevölkerung wird es als eine Ehrenpflicht empfinden, möglichst beizustehen zur Vinderung der Not der vielen Leidenden, die noch der Befreiung harren.
Die Lübecker Sammelung steht unter dem besonderen Schutze Seiner Majestät des Herrn Bürgermeisters J. H. Eschenburg.
Wenn jeder noch seinen Kröpfen zu helfen bemüht ist, wird es am Ende nicht fehlen.
Die eingeleiteten gespendeten Beauftragungen werden durch die öffentlichen Blätter bekanntgegeben.

Der Arbeitsauschuß des Lübecker Roten Kreuzes.

- | | | | |
|---|--|------------------------------|---|
| Jerd. Bodemann
Sachverständiger Richter. | Seiner Exzellenz
Medizinalrat Dr. Kiedel. | Hans Lange
Paul Schefzig. | Bennatia Otten.
Bertha Stollersfohl. |
|---|--|------------------------------|---|

Eine Wohlfahrt eigener Art ist und bleibt die Wasserfahrt.

Zu Ehren unserer feldgrauen Austauschverwundeten

nach Lübecks größter Passagierdampfer
„Phönix“
am Sonntag, dem 1. Juli, nachmittags
präzise 2 Uhr ab Holstenort eine
Erholungs-Lustfahrt nach Travemünde
und in hohe See.

Fremden und Gästen der Verwundeten ist besondere
Sorge zu tun. Dieser Fahrt teilzunehmen gegen das geringe
Fahrtgeld von 20 1/2 für Erwachsene und 10 1/2 für Kinder.
Diese Preise verstehen sich einschließlich der Sachfahrt.
Pässe sind nicht erforderlich, weil nicht gelandet wird.
Zur Verschönerung der Fahrt werden Liebesgaben für die
Verwundeten ganz entgegenkommend an Bord u. im Kanon.
Die Betriebsleitung des Ostseebäderverkehrs
Februar 1916.

Zur Richtigstellung.

In der Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine für Groß-Berlin ist am Sonntag u. a. auch gesprochen worden von den Grundfragen, die die Parteimehrheit, die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand verraten haben sollen. Dem „Vorwärts“ wurde dagegen ausdrücklich die volle Anerkennung ausgesprochen für seine Bemühungen, die Grundfrage der internationalen Sozialdemokratie hochzuhalten. Daß ihm das nicht leicht gemacht wird, müssen die Leser des „Vorwärts“ ohne weiteres aus den Äußerungen des Redakteurs Däumig schließen, der nach dem Bericht des „Vorwärts“ u. a. gesagt hat:

„Unsere grundsätzliche Anschauung mußte uns natürlich mehr und mehr in Gegensatz zur Mehrheit der Fraktion und des Parteivorstandes bringen. Der Gegensatz hat sich dahin zugespielt, daß der Parteivorstand verlangt, die Redakteure sollen ihre eigene Meinung in die Tagesreden und das Vertreten, was er als ihr Auftraggeber von der Redaktion verlangt.“

Wenn der Redakteur Däumig eine solche Behauptung aufgestellt hat, so hat er die Unwahrheit gesagt. Niemals ist der „Vorwärts“-Redaktion vom Parteivorstand derartiges zugemutet worden.

Wahr ist vielmehr, daß der Parteivorstand vom „Vorwärts“, der zu lebhaften Beschwerden wegen seiner Haltung triftigen Anlaß gegeben hatte, bereits im September 1914 verlangte:

„Der „Vorwärts“ hat nach Ansicht des Parteivorstandes in dieser Zeit im wesentlichen folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Der „Vorwärts“ soll wie bisher dem Hurrapatriotismus und chauvinistischen Treibern entgegenwirken;
2. er soll wie bisher die Anreizungsgefühle bekämpfen;
3. er soll sich in seinen Berichten über Kriegsgreuel, Gefangen- und Verwundeten-Behandlung der größten Objektivität befleißigen;
4. er soll auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik schnell und wegwiegend die Arbeiterinteressen vertreten.

Noch einmal hat der Parteivorstand sehr energisch in einer Redaktionsangelegenheit Stellung nehmen müssen. Der Vertreter der „Vorwärts“-Redaktion hatte sich der Behörde gegenüber schriftlich verpflichtet:

„Ich kann versichern, daß ich dem Wunsche, daß die Einheitlichkeit der patriotischen Begeisterung nicht gestört werde, nachkommen werde und glaube bisher schon alles getan zu haben, um die patriotische Begeisterung nicht nur nicht zu stören, sondern zu beleben.“

Gegen ein solches Verhalten mußte der Parteivorstand Verwarnung einlegen. Gleichzeitig hat er in einer Eingabe an den stellvertretenden Reichskanzler entschieden betont, daß der Presse unter keinen Umständen derartige Zumutungen gestellt werden dürfen.

Der Parteivorstand hat also, weit entfernt, dem „Vorwärts“ irgend welche Opfer der Ueberzeugung zuzumuten, ganz entschieden Verwarnung eingelegt gegen das geschändete behördliche Verlangen und ist für die Selbständigkeit der „Vorwärts“-Redaktion, die nicht durch das unbegreifliche Verhalten eines ihrer Mitglieder gebunden werden kann, eingetreten.

Genosse Däumig hat, nachdem er die grundsätzliche Uebereinstimmung der „Vorwärts“-Redaktion mit der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft festgestellt, weiter erklärt:

„Der Parteivorstand trat mit einem sehr geharnischten Tacte gegen die Arbeitsgemeinschaft hervor, den wir ja veröffentlichten mußten. Wir sind der Meinung, daß die der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Genossen das gleiche Recht haben wie die Fraktion, und wir deshalb auch die Äußerungen der Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen haben. Als wir dies tun wollten an derselben Stelle, wo die Arbeitsgemeinschaft durch den Parteivorstand angegriffen war, verhinderte es der Parteivorstand. Er erklärte, er lasse nicht zu, daß Erklärungen von Sonderorganisationen an die Spitze des Blattes kommen. Mit Hilfe des Geschäftsführers Richard Fischer machte der Parteivorstand die Ausführung der Anordnung der Redaktion unmöglich.“

Der Parteivorstand hat auch Willensäußerungen von Berliner Wahlkreisen nicht in den „Vorwärts“ kommen lassen, obgleich die Redaktion Anweisung dazu gegeben hatte.“

Das ganz selbstverständliche Eingreifen des Parteivorstandes wird fortgesetzt als „Zensur“ denunziert, als „Gewalttat“ usw. Nachdem die „Vorwärts“-Redaktion die Kundgebung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ an der Spitze des Blattes, die laut Organisationsstatut dem Parteivorstand für seine offiziellen Bekanntmachungen vorbehalten ist, publiziert und sich damit auch öffentlich als Organ der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bekannt hatte, mußte der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, deren offizielles Zen-

tralorgan der „Vorwärts“ ist, sein Veto einlegen. Im Gegensatz zu dem Organisationsstatut, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion als parlamentarische Vertretung der Genossen das gleiche Recht auf den Raum des „Vorwärts“, für die der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angehörenden Genossen das gleiche Recht auf den Raum des „Vorwärts“, wie es den offiziellen Vertretungen der Partei an deren Zentralorgan zweifellos zusteht. Dem muß entschieden widersprochen werden. Denn es müßte dann das gleiche Recht allen Sonderorganisationen eingeräumt werden. Der Parteivorstand hatte die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Zerrüttung der Parteioorganisation nicht auch noch an der Spitze des Zentralorgans der Partei offiziell betrieben wird.

Es sind nur solche Notizen im „Vorwärts“ von den Vertretern des Parteivorstandes inhihiert worden, die nach ihrer Ueberzeugung die Parteizerrüttung fördern mußten.

Als dann ein Redakteur des Zentralorgans der Partei in Flugschriften und Versammlungen die Beitragsperre an den Parteivorstand verlangte, war es wiederum die unbedingte Pflicht des Parteivorstandes, die Entfernung des betreffenden Redakteurs aus seiner Vertrauensstellung zu verlangen.

In der von der Generalversammlung angenommenen Resolution III heißt es: die Berliner Genossen müßten sich den Einfluß auf ihr Organ sichern, der auch dem kleinsten Parteitort auf sein Parteiorgan zustehe. Was hier für die Berliner Genossen mit Recht verlangt und von keiner Seite bestritten wird, wird man dem Parteivorstand als Vertreter der Partei nicht bestritten können, denn er hat den Interessen der Gesamtpartei im Zentralorgan Geltung zu verschaffen.

In einer weiteren Resolution der Generalversammlung wird dem Parteivorstand Anwendung brutaler Gewalt in Duisburg, Frankfurt a. M., Bremen und Berlin durch Maßregelung unbegünstigter Genossen vorgeworfen. Alle diese Vorwürfe sind unbegründet.

In Duisburg mußten zwei Redakteure entlassen werden, weil sie für eine Sonderorganisation tätig waren, besondere Beitragsmarken ausgaben und das ihnen anvertraute Blatt für ihre die Parteieinheit auf das äußerste bedrohende Zwecke mißbrauchten, indem sie sogar die Kundgebung einer Parteioorganisation gegen ihre Sonderbündelei unterdrückten. Die Parteioorganisationen des Verbreitungsgebiets der Zeitung haben die Maßnahmen des Parteivorstandes als notwendig anerkannt und ausdrücklich gebilligt.

Der Berliner Fall betrifft den Redakteur Dr. Meyer, über den das Erforderliche schon gesagt worden ist.

In Frankfurt a. M. wurde der Parteivorstand um Intervention gebeten, weil von oppositioneller Seite ein Redakteur, der auf dem Boden der Parteimehrheit steht, gemäßregelt und durch einen der oben erwähnten Redakteure aus Duisburg ersetzt werden sollte. Dabei hat der Parteivorstand lediglich vermittelnd gewirkt.

Auch in Bremen mußte sich der Parteivorstand schützend vor den Geschäftsführer stellen, der von der Opposition gemäßregelt werden sollte, weil er sich im Einverständnis mit dem Parteivorstand nicht dazu mißbrauchen lassen wollte, dem Vorgehen der Opposition in anderen Wahlkreisen gegen ihr Parteiblatt Vorschub zu leisten. — Einen anderen Genossen, der in Bremen von der Opposition gemäßregelt worden ist, vermachte der Parteivorstand nicht zu schützen, weil er in diesem Falle kein Mitbestimmungsrecht hatte.

Daß in Berlin eine Resolution beschlossen werden konnte, in der der Wahrheit gegenüber dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht wurde, an diesen Orten ihm unbecueme Genossen gemäßregelt zu haben, während Absicht und Handlung an beiden Orten der Opposition zufallen, beweist, wie die Berliner Genossen systematisch irreführt worden sind.

Damit ist die Faktlosigkeit aller gegen den Parteivorstand in der Generalversammlung erhobenen Vorwürfe erwiesen. Wenn besonders in Berlin weite Kreise der Parteigenossen für diese oder jene oppositionelle Richtung gewonnen worden sind, so ist das zurückzuführen auf die zahlreichen, anonym verbreiteten verleumderischen Flugblätter, sowie auf die tendenziöse Redaktionsführung des „Vorwärts“, die es den Berliner Genossen unmöglich macht, ein klares Bild von den politischen Vorgängen und dem Verhalten der Partei gewinnen. Zu alledem kommt das unverantwortliche Treiben solcher Genossen und Genossinnen, die schon vor dem Kriege auf das eifrigste bemüht gewesen sind, die Partei auf Wege zu bringen, die zu bekehrten alle Parteitage bisher abgelehnt haben.

Der Parteivorstand wird pflichtgemäß jeder auf die Zerrüttung der organisatorischen Parteieinheit gerichteten Tätigkeit, gleichviel ob sie in der Presse, in Versammlungen oder in Konventikeln geübt wird, entgegenwirken.

Berlin, den 27. Juni 1916.

Der Parteivorstand.

Der Prozeß gegen den Genossen Liebknecht.

W.B. Berlin, 28. Juni. Die kriegsgerichtliche Hauptverhandlung im Prozeß gegen den Abgeordneten Karl Liebknecht begann heute vormittag um 9 Uhr im Militärgerichtsgelände in der Lehrterstraße. Das Gericht war besetzt mit einem Major als Vorsitzenden, zwei Kriegsgerichtsräten, im Zivilberuf Rechtsanwälte, wovon einer die Verhandlung führt, ferner mit einem Hauptmann und einem Oberleutnant. Dem Angeklagten steht Rechtsanwalt Dr. Bracke-Braunschweig als von ihm gewählter Verteidiger zur Seite. Nach dem Aufruf der Zeugen und Dolmetscher und Vereidigung der Richter sowie Feststellung der Personalien des Angeklagten wurde die Anklageverfügung verlesen, in der Hauptsache, wie bekannt, auf versuchten Landesverrat, begangen im Felde, d. h. während des Kriegszustandes und auf Widerstand gegen die Staatsgewalt lautend. Hierauf beantragte der Anklagenführer, während der gesamten Sitzungsdauer und während der Verhandlung über diesen Antrag die Öffentlichkeit auszuschließen. Der Angeklagte proteestierte gegen den letzten Teil des Antrages. Nach § 235 der Militär- und Strafgerichtsordnung mußte jedoch die Verhandlung über die Ausschließung der Öffentlichkeit in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden. Der Saal wurde dementsprechend von den Zuhörern geräumt. Nach erfolgter Beratung wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt und ein Gerichtsbeschuß dahin verkündet, daß die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, insbesondere der Staatsicherheit, für die weitere Verhandlung auszuschließen sei. Auch die Zulassung von Vertretern der Presse kam nicht in Frage, da nach § 18 des Einführungs-Gesetzes zur Militär- und Strafgerichtsordnung Berichte über die Verhandlung durch die Presse nicht veröffentlicht werden dürfen, wenn die Öffentlichkeit der Verhandlung wegen Gefährdung der Staatsicherheit ausgeschlossen war. Die Verkündung des Urteils hat nach dem Gesetz in öffentlicher Sitzung stattzufinden.

Das Urteil.

Berlin, 28. Juni. Das Urteil im Prozeß Liebknecht lautet auf 2 Jahre 6 Monate 3 Tage Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere wegen versuchten Kriegsverrats, erwirkten Ungehorsams und Widerstands gegen die Staatsgewalt. Dieses Urteil wurde mit Gründen nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit gegen 4 Uhr nachmittags verkündet.

Bei der Strafzumessung war das Gericht von der Ansicht ausgegangen, daß Liebknecht nicht in ehrliefer Gefinnung gehandelt habe, sondern daß politischer Fanatismus die Triebfeder bei seinen Verfehlungen gewesen sei.

Aus diesem Grunde hat es auf die mindest zulässige Strafe erkannt und auch von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte abgesehen.

Gegen dieses Urteil steht Liebknecht das Rechtsmittel der Berufung zu.

Die Kartoffelversorgung für 1916/17.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 26. Juni die Kartoffelversorgung für 1916/17 neu geregelt. Die neue Verordnung hält im wesentlichen an dem bisherigen System der Kartoffelverteilung fest. Offiziös wird das wie folgt begründet:

„Zu neuen Versuchen und neuen Risiken ist die Zeit nicht geeignet, um so weniger, als sich die Kartoffelverteilung vom 7. Februar 1916 in Verbindung mit den landesgesetzlichen Ausführungsbestimmungen als ein gangbarer Weg erwiesen hat. Es ist also an dem bisherigen System der Anmelde- und Bedarfs- und Zwangsabnahme durch die Bedarfsverbände und der Umlegung auf die Ueberhörsverbände mit Zwangslieferungen seitens der Kommunalverbände und der Kartoffelerzeuger festzuhalten. Der zu deckende Bedarf wird durch Sicherstellung bei dem einzelnen Erzeuger festgelegt und der freien Verfügung entzogen. Nur bei Anwendung dieses Verfahrens, zugleich mit wiederholten Vorratserhebungen kann die Kartoffelente planmäßig erfasst

Mein Onkel Benjamin.

Erzählung von Claude Tillier.

8. Fortsetzung.

Bravo, Weiskurz! rief mein Onkel aus, du hast vollkommen recht. Das Gewissen ist die beste Logik, und die Marktschreierei, unter welcher Verkleidung sie sich auch verdecken mag, ist immer eine Gaunerei. Nur denn! Ichlagen wir unsere Maschine zusammen und sprechen wir nicht mehr davon.

Unter solchem Geplauder näherten sie sich dem Dorfe Mulot, da erblickten sie auf der Schwelle einer Weinberggürte eine Art Soldat in einem tiefen Rahmen von Brombeeren, deren braunes und rotes vom Reif verfarbtes Gezweige in wirren Büscheln herabfiel wie aufgelöstes Haar. Dieser Mann hatte auf dem Kopfe ein Stück Dreispitz ohne Kotarde; sein Gesicht in Trümmern hatte eine Steinfarbe, jene goldbraune Schattierung, welche alle Denkmäler im Sonnenschein zeigen. Ein großer, weißer Schnurrbart umklammerte, wie eine geschlossene Parenthese, seinen Mund. Er hatte eine alte Uniform an. Quer über den einen Armel fiel eine alte verblühte Borte, der andere Armel, seiner Auszeichnung beraubt, hatte nichts mehr als einen Rechtswinkel aufzuweisen, der sich vom übrigen Tuche durch eine neuere und dunklere Wolle unterschied. Seine Beine, nackt und von der Kälte aufgeschwollen, hatten die Farbe von roten Rüben. Er ließ aus einer Feldflasche einige Tropfen Branntwein auf alte Broden schwarzen Brotes träufeln. Ein Büdel der großen Art lag vor ihm auf den Hinterbeinen und folgte allen seinen Bewegungen wie ein Taubstummer, der mit den Augen die Befehle seines Herrn hört.

Mein Onkel wäre eher an einer Schenke vorübergegangen als an diesem Manne. Er blieb am Rande des Weges stehen. Kamerad, sagte er, das ist ein schlechtes Frühstück! Ich habe noch schlechtere gehabt; aber Fontenoy und ich, wir haben guten Appetit.

Was für ein Fontenoy? Mein Hund, dieser Büdel da. Teufel, das ist ein schöner Name für einen Hund. Das ist sein Spitzname, fuhr der Sergeant fort, sein Taufname ist Hector.

Und warum heißt Ihr ihn Fontenoy? Weil er in der Schlacht von Fontenoy einen englischen Hauptmann gefangen nahm.

Ah! und wie das! fragt mein Onkel verwundert. Ganz einfach, indem er ihn am Frackspizel festhielt, bis ich ihm die Hand auf die Schulter legen konnte. Fontenoy, wie er da ist, wurde in den Rapport gesetzt und hatte die Ehre, Ludwig

dem Fünftehnten vorgestellt zu werden, welcher mir zu Jagen geruhte: „Sergeant Duranton, Ihr habt da einen schönen Hund!“

Das ist einmal ein König lustig gegen die Tierfüßler! Wie kommt es denn, daß Ihr keinen Dienst verlassen habt?

Wegen ungerechter Zurücksetzung, sagte der Sergeant mit juckenden Augen und zornig schwellenden Nasenlöchern. Zehn Jahre trug ich diese goldnen Lappen auf dem Arme; ich habe alle Feldzüge des Morix von Sachen mitgemacht und habe Narben genug auf dem Leibe für zwei Invaliden. Sie hatten mir die Epaulen versprochen; aber der Sohn eines Webers und Offizier! — das wäre ein Skandal gewesen, der alle Fürsten des Königreichs von Frankreich und Navarra zum Haartrauben gebracht hätte. Sie ließen mir eine Art kleinen Kavaliere, frisch aus seiner Pagenstube gekrochen, über den Leib kletern. Das weiß auch sich umbringen zu lassen, dies kann man ihnen nicht nehmen; aber das versteht nicht zu Jagen: Kopf rrrrrrrrr!

Bei diesem mit Nachdruck ausgesprochenen Worte der Exerziertheorie drehte der Büdel seinen Kopf militärisch nach der rechten Seite.

Gemach! Fontenoy, sagte sein Herr, du vergißt, daß wir außer Dienst sind. Das konnte ich dem allerschlimmsten König nicht hingehen lassen; ich entzweite mich mit ihm und verlangte meinen Abschied, den er mir in Gnaden gewährte.

Ihr habt wohl daran getan, mein Vackerer, rief Benjamin, indem er dem alten Soldaten auf die Schulter schlug — eine unvorsichtige Gebärde, für die ihn der Büdel beinahe zerrissen hätte. Kann Euch meine Beistimmung angenehm sein, ich geb sie Euch ohne Einschränkung. Die Adelligen haben mir nie geschadet in meinem Avancement; aber das hindert nicht, daß ich sie von Herzen hasse.

Das ist also ein ganz platonischer Haß, unterbrach mein Großvater.

Sag eher ein ganz philosophischer Haß, Weiskurz. Der Adel ist das ungereimteste Ding von der Welt; er ist eine offenbare Empörung des Despotismus gegen den Schöpfer. Hat Gott auf der Weise den einen Grashalm höher gemacht als den andern, und hat er dem Vogel ein Wappen auf den Flügel gedruckt oder dem Raubtier aufs Fell? Was soll das heißen, Menschen höherer Art, welche ein König vermittelt Brief und Siegel macht? Bon heute an habt ihr den Herrn zu und so als einen Menschen höherer Art zu erkennen. Gezeichnet: Ludwig der Fünftehnte, und weiter unten: „Choiseul“. Daß heißt ich einen wohlbegründeten Vortrang! Ein Bauer wird von Heinrich dem Vierten zum Grafen gemacht, weil er dieser Majestät eine gute Gans vorsetzte; ein Kapitan bei der Gans — und aus dem Grafen wäre mindestens ein Marquis geworden, das hätte weder mehr Tinte noch mehr Pergament gekostet. Nun haben die Abkommen dieser Leute das Privilegium uns zu prägen, uns, deren Vorfahren nie Gelegen-

heit hatten, einem Könige den Flügel irgend eines Geygels anzuhängen. Da sieht man, an was die Herrlichkeiten dieser Welt hängen: wäre die Gans etwas mehr geröstet oder etwas weniger gebraten, etwas mehr gefalzen oder etwas weniger gepfeffert gewesen, hätte man sie etwas früher oder etwas später aufgetragen — so gab es eine adelige Familie weniger in Frankreich. Und das Volk beugt die Stirne vor einer solchen Größe! So jag mir doch, dummes Volk, welsch einen Wert legt du denn auf jene drei Buchstaben, welche diese Leute vor ihren Namen setzen? Haben sie deshalb mehr Hirnmasse in ihrem Schädelkassen, und haben sie weniger Grimmen in ihrem Leibe, wenn sie zuviel gegeben? Sieht du denn nicht, daß alle diese Grafen und Barone nichts sind als große Buchstaben, die, trotz des Plages, den sie in der Feile einnehmen, nicht mehr bedeuten, als die kleinen gemeinen Lettern? Was will mir diese Größe, die vom Vater auf den Sohn übergeht, wie eine frische Kerze, die man an einer abgebrannten anzündet? Sind die Schwämme, welche auf einer verfaulten Erde wachsen, etwa Eisen? Wenn ich höre, daß der König eine Adelsfamilie geschaffen, so ist es mir immer, als sehe ich einen Landwirt einen langen Einfaltspinsel von Wollkopf in sein Feld pflanzen, der zwanzig Furchen mit seinem Samen anstreckt und nichts trägt, als alle Jahre vier große rote Blätter. So lange es übrigens Könige gibt, wird es auch Adelige geben. Die Könige machen Barone, Grafen, Herzoge, damit die Bewunderung stufenweise aufsteige bis zu ihnen. Die Adelligen sind für sie Anhängelschilde am Eingang, die Videlheringe vor der Schaubude, welche den Maulaffen einen Vorzschmack von den Herrlichkeiten des Schauspiels geben. Ein König ohne Adel wäre ein Saal ohne Vorzimmer. Aber dieses Nachwerk ihrer Eitelkeit wird ihnen teuer zu stehen kommen. Es ist unmöglich, daß sich zwanzig Millionen Menschen immer gefallen lassen, nichts zu sein im Staate, damit einige tausend Höflinge etwas seien. Wer Privilegien hat, wird Revolution ernten, und die Zeit ist vielleicht nicht fern, wo all diese glänzenden Wappen in die Gasse wandern, und diejenigen, welche sich jetzt damit schmücken, die Protektion ihrer Bedienten nötig haben.

Mein Großvater hatte einen Humpen, der anderthalb Binten hielt, und den mein Onkel auf einen Zug leerde; er hieß das Tiraden machen.

Spar deine Tiraden für deinen Humpen auf, sprach nun mein Großvater im Hinblick auf jenes wohlbeleibte Gefäß, und laß den Serganten erzählen, wie es ihm seit seinem Abschied erging.

Drei Monate bin ich nun unterwegs, sagte der Sergeant; ich gehe von Hof zu Hof und bleibe solange als man mich behalten will. Ich lasse die Kinder erzieren, ich erzähle den Männern unsere Feldzüge, und Fontenoy belustigt die Weiber mit seinen Sprüngen. Ich habe keine Eile anzukommen, denn ich weiß nicht recht, wohin ich gebe. (Fortsetzung folgt.)

Bayern behält sein Eisenbahn-Reservat.

Nach einer Meldung aus München gab bei der Beratung des Eisenbahnetats im Ausschuss der Kammer der bayerischen Reichsräte der Minister v. Seefeld folgende Erklärung ab:

„Die Selbständigkeit des Eisenbahnwesens bildet nach Ansicht der bayerischen Regierung einen unabänderlichen Bestandteil der Staatshoheit des bayerischen Staates. Die Übertragung der bayerischen Eisenbahnen an das Reich oder sonst an eine größere Gemeinschaft muß daher abgelehnt werden. Soweit die Bedürfnisse des Betriebes und des Verkehrs besondere Regelung und Einzelvereinbarungen nötig machen, ist die Regierung jederzeit dazu bereit, solche mit den übrigen deutschen und gegebenenfalls auch mit den übrigen mitteleuropäischen Eisenbahnverwaltungen oder Regierungen zu treffen.“

Ludwig Frank — der Verräter!

Man schreibt uns aus Berlin: In demselben Augenblick, in dem durch die sozialdemokratische Presse ein sympatischer Ruf nach Einheit und Versöhnlichkeit gemahnt, ist in der Generalversammlung des sozialdemokratischen Verbandes Groß-Berlin das Wort vom Verräter Frank gesprochen worden. Kurz zuvor hatte sich die Versammlung zu Ehren ihrer verstorbenen Mitglieder erhoben. Ludwig Frank war kein Mitglied von Groß-Berlin, also in diese Ehrung nicht eingeschlossen. Ludwig Frank war kein Mitglied von Groß-Berlin, und darum hat es wohl auch niemand für nötig gefunden, gegen diese Beschimpfung eines Toten zu protestieren. Widerspruchlos, mit teilweiser Zustimmung hat man die Ausführungen eines Neuböllner Vertreters namens Barth angehört, der den „Verräter“ deshalb angriff, weil er nach dem Tode Franks einen Nachruf mit schwarzem Rande veröffentlicht hatte. Frank, das erfahren wir jetzt, hat diesen Nachruf und diesen Trauerband nicht verdient, denn er war ein Verräter und würde wohl am besten, ginge es nach der Meinung des Delegierten Barth und der ihm Gleichgesinnten, einer schimpflichen Vergessenheit anheimfallen.

Das soll hier festgestellt sein, nicht um Jern gegen den Urheber des Wortes zu erregen oder gar Frank gegen die Beschimpfung von irgend jemand in Schutz zu nehmen; es soll festgestellt sein in ehrlicher Trauer, um zu zeigen, wie tief die Klut geworden ist, die die Geister scheidet. Meinungsverständnisse über das, was im Augenblick zu tun notwendig ist, sollen nicht zu unerbittlichen Gegenständen aufgedreht werden; wo aber wirkliche unüberbrückbare Gegensätze bestehen, da soll man sie nicht verkleinern und vertuschen, sondern aufzeigen und ansprechen.

Frank, das darf wohl auch einer seiner Freunde aussprechen, hat für den Ausbau der sozialistischen Internationale und für den Sturz des Kapitalismus mehr geleistet als irgendein Mitglied der sonst natürlich sehr achtenswerten Berliner Verbandsversammlung. Er hat nicht nur — das war sein Glück — mehr Können und Willen für dieses hohe Ziel eingesetzt, sondern vielleicht auch mehr Kraft und Begeisterung, und das war sein Verdienst. Er war der Schöpfer der Berliner Konferenzen, in deren Hintergrund er sich vorzüglich gehalten hat, weil sie nicht der Person, sondern der Sache dienen sollten. Wo es galt, der Internationale und dem Frieden zu dienen, war keiner schaffensfreudiger als er.

Dann kam der Weltkrieg, und Frankreich stellte sich freiwillig. Wer es recht, war es unecht? Vielleicht hätte er geduldiig warten sollen, bis die Reihe an ihm war! Bürgerliche Blätter listeten die alberne Mär auf, er hätte den Ehrgeiz, als erster Sozialdemokrat und Jude — Leinwand zu werden. Da schrieb Frank einem sozialdemokratischen Journalisten einen zornigen Brief, in dem er ihn bat, solchen lächerlichen Ausbreuerungen entgegenzutreten. Der Grund seines freiwilligen Eintritts in das Heer sei doch klar: „Es will durch die Tat bewiesen, daß es uns Sozialdemokraten mit der Pflicht der Landesverteidigung Ernst ist.“

Das hat Frank für sein Teil durch seine Tat, mit seinem Blute bewiesen, indem er freiwillig als Infanterist zugleich mit seinen Mannheimer Arbeiterkameraden hinausging, kämpfte und fiel. Als Frank fiel, war die ganze Arbeiterwelt einig in der Trauer um den Verlust dieses Mannes. Nicht nur der „Vorwärts“, auch die Pariser „Humanität“ widmete ihm Worte ehrender Gedenken. Seitdem ist aber eine neue Geistesrichtung in einem Teile der Partei aufgekommen, die entscheidet, daß das — vor allem alten Führern unangenehme — Ereignis — sein Eintritt in die Reihen der Landesverteidigung — nicht durch die Tat bewiesen, daß es uns Sozialdemokraten mit der Pflicht der Landesverteidigung Ernst ist.

In Herbst 1914 hätte jede Arbeiterversammlung, auch die in Berlin, den Namen „Verräter Frank“ mit einem einstimmigen Schrei der Empörung beantwortet. Daß man es heute in einer Groß-Berliner Verbands-Delegiertenversammlung widerstandslos sogar unter Beifall auszusprechen kann, zeigt einen gewissen Fortschritt, auf den die, die für gewöhnlich haben, stolz sein mögen. Hier hat sich ein Klumpen abgesetzt der Überzeugung, sondern aus des ewigsten menschlichen Erwählens aufgetan, über die kein Sieg steht.

So widerlegen auch die Blicke nicht vor Gericht — nichts könnte uns in diesem Augenblick bewegen, ein Wort gegen ihn zu sagen. Er ist ein ehrlicher Mensch, der mit seiner Persönlichkeit nicht — nach seiner Überzeugung — verhängnisvoll falsche Politik eintritt; an dem Treiben seiner Anhänger trägt er keine besondere Schuld. Aber sie, die die Partei vertritt, haben seine Gesinnung nicht jene ändern, die mit gleicher Überzeugungsgewissen und einer nicht geringeren Gefahr für das eintritt, was sie in dieser trübseligen schweren Zeit als das Beste für die Arbeiterklasse zu erkennen glauben. Ihr Verleugersgeist macht selbst vor Gräbern nicht halt.

Was sagt das Trübseljahr des Parteivertrages vor uns. Aber nichts soll uns in der Fortsetzung erschauern, daß die deutschen Arbeiter noch einmal auf dem Boden erster werden, den Frank und ungezählte andre mit ihrem Blute bedingt haben.

Aus der Partei.

Die Parteipresse in Berlin. Die Neuwahlen der Parteipresse in Berlin und der Erfolg der beiden radikalsten Strömungen, die auf der Generalversammlung selbst mit einander in Konkurrenz getreten, wird trotz der Kritik zum Parteifrieden noch mancherlei Resonanz herbeizuführen. Zur Klärung der Situation wird es deshalb auch beitragen, wenn man sich vergegenwärtigt, welche „Mächte“ den angeblichen Umwälzung der Situation herbeizuführen helfen. Bei der entscheidenden Versammlung der einzelnen Parteigruppen, welche die Generalversammlung vorbereiten und vorbereiten, waren anwesend: in Berlin I 45 Gewerkschaften und Gewerkschaften, in Berlin II 119, in Berlin III 25, in Berlin V 27, zusammen in vier Hauptteilen 217 Gewerkschaften und Gewerkschaften. In Berlin II und III, sowie in den Gewerkschaften ist Delegierten-Versammlung, jedoch ist die Zahl der Einzelmitglieder, die an der Versammlung teilnehmen, nicht genau festzustellen, doch läßt es mancherlei Schluß zu, wenn man weiß, daß in dem vielumstrittenen Zusammenhang — 20 Mitglieder der Versammlung über die Besetzung der Gewerkschaften. Es hat sich also die in Berlin seit langem herrschende Erscheinung wieder, daß die überwältigende Mehrheit der Gewerkschaften und Gewerkschaften, selbst sie über nicht im Jahre 1914, das unangenehme Parteileben wieder. Bei ähnlichen Erscheinungen müßten wir die im Reich noch gehende Organisationsform gewahren. Somit aber finden wir die Reich der Gewerkschaften nicht nur, sondern auch die Gewerkschaften als ganz unangenehm, allerdings und er

und, soweit zur Deckung des Bedarfs erforderlich, gleichmäßig verteilt werden. Wie bisher, so darf auch künftig der Handel zunächst nur als Kommissionär oder Beauftragter des Kommunalverbandes zugelassen werden. Der Gedanke, bei einer günstigen Ernte die Versorgung dem freien Handel völlig zu überlassen, mußte ausbleiben. Möglich wäre das nur, wenn wir sehr reichlich Nahrungs- und Futtermittel hätten und keine Gefahr befände, daß man auf die Kartoffeln von allen Seiten zurückgriffe. Diese Gefahr besteht aber trotz der voraussichtlich günstigen Ernte.“

Träger der Versorgungs-, Lieferungs- und Abnahmepflicht müssen wie bisher die Kommunalverbände sein, daneben sind die Heeresverwaltungen und die Marineverwaltung sowie die Reichsbrauereien und die Zuka verpflichtet, ihren Bedarf gleich den Kommunalverbänden anzumelden. Der freihändige Verkauf aller dieser Stellen hat in Zukunft zu unterbleiben. Die Zuzugung an Zuka und Reichsbrauereien darf in Zukunft nur durch die Reichsstaatsstellen erfolgen. Brennereifabriken müssen ihren Bedarf bei der Zuka anzeigen. Brennereien werden von den Kommunalverbänden nach näherer Angabe der Reichsstaatsstellen und Reichsbrauereien beliefert. Dem Reichsstaatsstellen ist die Berechtigung gegeben, Grundstücke über die Berechnung des Bedarfs auszustellen, die sich nach dem Ernteergebnis an Kartoffeln und dem Vorrat anderer Nahrungsmittel richten müssen. Sie können daher im voraus nicht festgelegt werden. Ebenso wird der Reichsstaatsstellen die Berechtigung über die Verpflegung zur Abgabe von Kartoffeln seitens der Kartoffelerzeuger festlegen, nötigenfalls — aber auch nur dann — die Verpflegung von Kartoffeln und Trocknungszeugnissen zu beschränken oder zu verbieten haben. Gleichzeitige sind den Behörden neue Nachmittels in die Hand gegeben, um etwa notwendig werdende Lagerung, Isolierung und Abfuhr beim Erzeuger zu den richtigen Zeiten zu gewährleisten. Zuwiderhandlungen gegen diesbezügliche Anordnungen der Verwaltungsbehörden sind unter Strafe gestellt. Neben der Pflicht der Versorgungsverbände zur Aufbewahrung durch Einmieten und Einlagern besteht für sie selbstverständlich die Möglichkeit, an diejenigen Verbraucher, die bisher Kartoffeln für den ganzen Winter eingelagert haben, diese für einen längeren Zeitraum abzugeben. Den Landesverwaltungsbehörden ist es zu überlassen, Einzelheiten zu bestimmen.

Die Verbrauchsregelung.

Die Verteilung, gleichmäßig wie bisher, Pflicht der Kommunalverbände. Auf Grund der neuen Verordnung werden Reichsstaatsstellen und Reichsstaatsstellen in Kürze alle erforderlichen Anweisungen bezüglich handelsrechtlicher Erhebungen, Bedarfsanmeldungen, Umlegung usw. ergehen lassen. So werden in diesem Jahre alle Provinzen, Überseebereiche und alle Landwirte in einigen Wochen genau wissen, wieviel sie zu liefern haben, und zwar für die ganze Zeit bis Herbst 1917. Die für Herbst und Winter notwendigen Kartoffeln werden sofort während und nach der Ernte mit größter Beschleunigung — Kartoffelstützen und dergleichen an die Bedarfsstellen gebracht. Der Reich wird bei den Landwirten lagern bleiben müssen wie im Frieden. Jeder Landwirt weiß aber vor der Ernte bereits, was er im Frühjahr bereit halten muß. Für genügende Reserven sorgt die Reichsstaatsstellen.

Der Saatguthandel wird sofort geregelt werden. Aller Voraussicht nach wird er alsdann unter ständige staatliche Kontrolle gestellt und die Zustuhr von der Genehmigung des Kommunalverbandes abhängig gemacht werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Erledigung der preussischen Steuerfrage.

Das preussische Herrenhaus hat das Gesetz über die Steuererhöhungen in der Fassung der Abgeordnetenhausebene einstimmig angenommen. Vorher gab Herr von Schönermann der beiden Fraktionen des Herrenhauses eine Erklärung ab, wonach das Herrenhaus an seinen grundsätzlichen Bedenken gegen eine Erhöhung des Gesetzes festhält, jedoch in Anbetracht der vaterländischen Notwendigkeit und der Wahrung der Bedenken durch die Fassung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses dieser zustimmt. Nach Verlesung der Verhandlungsprotokolle durch den Minister v. Loebell hielt der Präsident, Graf Arnim-Boitzenburg, eine längere Rede. Graf Arnim gebührte dem Siege und Vater im gegenwärtigen Kriege. Er betonte dann an, daß man in Zukunft mit mehr Verständnis auch die Interessen und Anforderungen der anderen im Volke werden müssen und kontrollieren müssen, und wußte dann an, daß der jetzige Krieg um die Bedeutung des Germanentums und um die Macht und Entwicklung des deutschen Reiches und des deutschen Volkes geführt werde. Die Lesung des Landtags ist bis in den November unterbrochen.

Die Kartonsforderungen der großen Wirtschaftskreise werden jetzt von einigen mittelständischen Organisationen verlangt. Da der Reichsstaatsstellen diese Forderungen „unbillig“ und auch der Handwerker- und Gewerkschaften und der Generalverband deutscher Gewerkschaften nichts mehr von ihnen wissen. Dem „Berliner Tageblatt“ wird vom „Vorwärts“ geantwortet, daß der Name der genannten Forderung nicht bekannt ist. Bei der letztjährigen Besprechung in einem Reichsstaatsstellen habe man ihnen eine Anwesenheitsliste vorgelegt, aus der auf keinen Fall eine Stellung hätte abgelesen werden können. Es ist sehr interessant zu wissen, wie die Unternehmer unter die bekannte Eingabe der Wirtschaftskreise zustande gekommen sind, nicht minder interessant aber auch, daß es bald ein Jahr her ist, als die Hauptverhandlungen zum öffentlichen Zustand ihrer Unternehmungen entwichen konnten.

Lehrung in die Eisenstrasse.

Die Lehren, bezogen auf die Eingabe der Eisenstrasse für den Kommunalverband, in welcher durchgehende Beschlüsse für die Anweisung der Produktion gemacht werden. Manien haben die Eingabe mögliche Selbstbestimmung an der Arbeit zu überlassen, während die Eisenstrasse zu werden, unter Einwirkung der Eisenstrasse zu werden, nach Produktionsgebieten zu werden. Die Eisenstrasse ist am 22. März, während der Organisation des Eisenstrasse mit Hilfe der Kommunalverbände, Erhebung aller letzten Eisenstrasse, Organisation des Eisenstrasse, Organisation der Eisenstrasse und Organisation des Eisenstrasse an Hand von Eisenstrasse. Man wird erwarten, daß die gesamte Eisenstrasse für den Eisenstrasse in eine Hand gelangt werde.

Die deutsche Einführung der Sommerzeit.

Der Reichstag der Handwerker in Berlin hat sich in seiner letzten Sitzung auf die Einführung der Deutschen Sommerzeit und Sommerzeitung einstimmig ausgesprochen. Das die durch die Sommerzeitung vom 6. April 1916 abgelehnt ist, eingeleitet begonnen wurde. Sommerzeitung ist ein Vorzeichen für die Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September, wenn Jahresveränderungen Eisenstrasse ge-

Scherbengericht mit den „Leumännern“ vom Schlags Lederborn, Haase, Kautsch, Dittmann beginnen. Wir sahen ja, wie es in Bremen kam. Deshalb, Gerossen im Reich! Hüter Zuch Jato., sachliche Meinungsverschiedenheiten zum persönlichen Zwist zuzuspitzen, nach dazu in der trüben und verantwortungslosen Zeit des Krieges.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Jahr Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung. Ein Lithograph wurde von der 3. Strafkammer des Berliner Landgerichtes wegen Beleidigung des Kaisers zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. Der Verurteilte hatte in einer Gastwirtschaft gelegentlich eines Gesprächs über den Krieg grobe Beschimpfungen des Kaisers ausgesprochen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Wie der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Unger in der Urteilsbegründung ausführte, „hat der Angeklagte, der jahrzehntelang jenseits des Kanals lebte und England aus Anlaß des Krieges unter Zurücklassung seiner Frau und seines Geschäftes verlassen mußte, aus Unmut darüber sich als Deutscher so weit vergesselt, seinem Haß in dieser Form Luft zu machen. Das mußte ihm ganz gehörig angekreidelt werden, denn solche Deutsche seien nicht wert, daß sie den Namen Deutsche trügen, und würden hier als Mitglieder des deutschen Volkes ausgestoßen. Sie sollten dahin gehen, woher sie gekommen seien.“

Aus Nah und Fern.

Ein böser Bubenstreich. Am Montag nachmittag erfolgte in Berlin vor dem Hause Grenzstraße 8 zwischen zwei südlichen Straßenbahnwagen der Linie Warschauer Brücke—Wilmersbrantenhof ein Zusammenstoß. Vor diesem Hause befindet sich eine Weiche, die ein bisher noch unbekannter 12 Jahre alter Knabe in dem Augenblick umstellte, als sich beide Straßenbahnwagen näherten. Der Zusammenstoß war so heftig, daß an beiden Elektrischen die vordere Plattform eingebückt wurde und einige Fahrgäste und der Führer eines der Wagen erhebliche Verletzungen davontrugen. Ein Militärkraftwagen brachte die Verletzten nach der Rettungsstelle in der Bab-Strasse, wo man ihnen die ersten Verbände anlegte. Der Knabe hatte sich seiner Feststellung durch die Flucht entzogen.

Felssturz in der schweizerischen Schweiz. Ein gewaltiger Felssturz hat sich in dem Steinbruch am Griesgrund, nahe der Stadt Wehlen, ereignet. Unter donnerähnlichem Getöse ging eine ganze Wand mit einer großen Zahl darauf wachsender Bäume in die Tiefe. Riesige Steinmassen im Gewicht von Tausenden von Zentnern bedeckten das Trümmerfeld. Nach dem Niedergang war das Griesal auf eine weite Strecke mit einer dichten Staubwolke umhüllt. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Viele lose Gesteinsmassen hängen noch an der Abbruchstelle, so daß mit weiteren Loslösungen der Massen zu rechnen ist. An derselben Stelle sind schon vor einiger Zeit Felsstürze vorgekommen.

Die Bejagung der Schackleton-Expedition nicht gelungen. „Daily Chronicle“ meldet: Schackleton ist nach vergeblichen Versuchen, die Mitglieder der Expedition, die auf der Elephanteninsel sich befinden, zu befreien, nach Port Stanley zurückgekehrt.

Theater und Musik.

Stadthallen - Sommertheater. Die Schöne vom Strande, Operette in 3 Akten von Victor Holländer. Es ist keine in Lieder Unbekannte, diese „Schöne vom Strande“. In „Hans Hudebein“, dem oft gegebenen Schwan von Blumenthal und Kadelburg, bringt sie dem vom Reich verfolgten Schwerenöter Hallerstadt mancherlei für das Publikum ergötliche Angelegenheiten: nur hatte sie damals in dem nun „feindlichen“ Ostende, jetzt dagegen in dem heimatischen Heringsdorf ihr süßenreich, kinematographisch aufgerichtetes Rendezvous. Die Verarbeitung des an behaglicher Situationstomik nicht armen Schwantes zu einer Operette hat den flotten Verlauf der Handlung durch mancherlei ausgebeutete Couplets etwas gehemmt; aber diese langweiligen Couplets, „Ostide, bedenk' dich die Familie“, oder „Mein Herz das ist ein Einkehrhaus“ usw. bilden gerade das Entzücken des nach solchen musikalischen Genüssen — leider! — verlangenden Publikums. Mehrigen sind sie von Herrn Holländer, der seine Sache ja versteht, nicht ungehört gemacht worden. Die Zuschauer befanden sich im Wohlgefallen durch diesen Beifall und erzwangen sich mehrere Zugaben. Ge spielt und gesungen wurde lebendig und frisch. Herr Nickel war als Unglücksrabe Hallerstadt von großer Beweglichkeit und komischer Wirkung in seinem hässlichen Pech. Sein würdiger Schwißgenosse Anauer hatte in Herrn Schweisguth einen Vertreter, der den alten Sünder mit dem ganzen Reichtum seines nie versiegenden urwüchigen Humors ausstatten konnte. Eine sehr gelungene Figur war der Kraftmensch Kranz in der trefflichen Verkörperung durch Herrn Schubert. Ihren vollen Anteil an dem Erfolg der Vorstellung hatten weiter Herr Hilbert sowie die Damen Bornholt, Augler und Schubert. Die von Frau Maudric und vier jungen Damen grazios ausgeführte Ballettinszenierung fand freundliche Aufnahme. Herr Kapellmeister Dr. Hartzem leitete mit großem Geschick seine vornehmen Truppen, die sich zum Teil auf nicht gewohntem Gebiet bewegen mußten. Die Inszenierung lag in den bewährten Händen Schweisguths. Es hat denn die Leitung unserer Sommerbühne mit der „Schönen vom Strande“ wieder einen Treffer erzielt. P. L.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Samtlich in Lübeck.

Bekanntmachung

betreffend Zudererzeugung.

Dem Kommunalverband ist für die Zudererzeugung eine größere Menge Rohzucker überwiesen worden. Es wird daher angeordnet, daß auf den letzten Restbestand des Monats Juli der Zudererzeugung nur 100 Gramm weißer Zuder und daneben 100 Gramm Rohzucker zu verabschieden sind. (3064)

Lübeck, den 25. Juni 1916.

Die Kommission zur Befreiung von Nahrungs- u. Futtermitteln.

Markthallenstand 46. (3062)

Freitag früh eintriefend:

Dorsch, Goldbutt, Strombutt, Steinbutt, Makrelen billig!

Sie täglich in der Markthalle.

Johannes Boy, Markthallenst. 46.

Drucksachen aller Art

liefert schnellstens

Rudolf Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.

Mitgl. des Rab.-Sparv. Lübeck.

Bildereinstellungen

Bilderleisten

Oscar Tauchnitz, Glasbildg.

Steinhanerstr. 35. Fernspr. 2508

Achtung!

Wahr! höchste Zugespreisen (3060)

Karl Kleinfeld

Waisenhofstr. 25